

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserations-Gebühren:
beträgt für die sechsgepolte Kolonnen-
zeile oder deren Raum 20 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 10 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1588.

Dienstag, den 31. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Gewerbegerichts-Novelle.

Die Gewerbegerichts-Novelle, wie sie im Frühjahr 1901
vom Reichstage beschlossen worden ist, tritt am 1. Januar 1902
in Kraft. Da wir uns bereits in zwei Zeitartikeln am
31. Mai und 1. Juni 1901 ausführlich mit dem abgeänderten
Gesetze beschäftigt haben, wollen wir heute nur noch einmal kurz
auf die wesentlichsten Abänderungen desselben hinweisen.

Während der bisherige § 1 des Gesetzes nur bestimmte,
daß für die Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten Gewerbe-
gerichte errichtet werden können, ist der Reichstag der Forde-
rung der socialdemokratischen Fraktion, welche die obli-
gatorische Errichtung von Gewerbegerichten für alle
Gemeinden verlangte, wenigstens insofern entgegengekommen,
daß das Obligatorium für alle die Gemeinden beschlossen
wurde, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als
zwanzigtausend Einwohner haben. Das Ergebnis dieses Be-
schlusses wird die Errichtung von etwa 50 neuen Gewerbe-
gerichten im Deutschen Reiche sein.

Die bisher ziemlich eng begrenzte sachliche Zuständigkeit
der Gewerbegerichte, wie sie der § 3 bestimmte, hat eine
wesentliche Erweiterung erfahren. Nach der Ziffer 1 dieses
Paragraphe waren die Gewerbegerichte bisher u. a. zu-
ständig für Streitigkeiten über die Aushändigung oder den
Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses. Künftig werden
Streitigkeiten dieser Art auch bezüglich des Lohnbuches,
Arbeitszettels und Lohnzahlungsbuches ebenfalls zur Kompetenz der Gewerbegerichte gehören.

Noch wichtiger ist jedoch die neue Bestimmung, daß die
Zuständigkeit der Gewerbegerichte künftig ausgedehnt werden
soll auf Streitigkeiten über die Rückgabe von Zeugnissen,
Büchern, Legitimationspapieren, Urkunden, Gerätschaften,
Kleidungsstücken, Rationen und dergleichen, welche aus Anlaß
des Arbeitsverhältnisses übergeben worden sind, ferner auf
Streitigkeiten über Ansprüche auf Schadenersatz oder auf
Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht
gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen, welche die unter
Nr. 1-3 des § 3 bezeichneten Gegenstände betreffen, sowie
wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Arbeits-
bücher, Zeugnisse, Lohnbücher, Arbeitszettel, Lohnzahlungsbü-
cher, Krankentassenbücher oder Quittungslisten der Invaliden-
versicherung.

Endlich werden die Gewerbegerichte nicht nur wie bisher
über Streitigkeiten über die Berechnung und Anrechnung der
von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungs-
beiträge zu entscheiden haben, sondern auch über solche
Streitigkeiten, welche wegen der Krankentassen-Eintritts-
gelder, deren Berechnung und Anrechnung entstehen.

Oft und mit Recht ist darüber geklagt worden, daß ge-
wissenlose Unternehmer durch Bestimmungen in Fabrik-
ordnungen oder durch den Arbeitern zwangsweise zur Unter-
schrift vorgelegte Nebenurkunden, die Zuständigkeit
der Gewerbegerichte für die in ihren Betrieben vorkommenden
gewerblichen Streitigkeiten aufzuheben. Um diesem arbeit-
feindlichen Gebaren ein für allemal entgegen zu treten,
hatte die socialdemokratische Fraktion beantragt, dem § 5 die
Bestimmung hinzuzufügen, daß Vereinbarungen, durch welche
der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterliegende Streitig-
keiten der Entscheidung dieses Gerichts entzogen werden,
für nichtig erklärt werden sollen. Diesen Antrag erachtete der
Reichstag als zu weitgehend. Er lehnte ihn ab und
gab dem § 5 folgenden Zusatz: „Schiedsverträge,
durch welche die Zuständigkeit der Gewerbegerichte
für künftige Streitigkeiten ausgeschlossen wird, sind
nur dann rechtswirksam, wenn nach dem Schiedsvertrage
bei der Entscheidung von Streitigkeiten Arbeitgeber und
Arbeiter in gleicher Zahl unter einem Vorsitzenden mit-
zuwirken haben, welcher weder Arbeitgeber noch Arbeiter ist.“

Der alte § 10 des Gesetzes bestimmte, daß die Mitglieder
(Beisitzer sowohl wie Vorsitzender) des Gewerbegerichts
in dem Bezirke des letzteren seit mindestens zwei Jahren wohnen
oder beschäftigt sein müssen. Diese Bestimmung ist jetzt hin-
sichtlich des Vorsitzenden aufgehoben und gilt in Zukunft nur
noch für die Beisitzer. Der Reichstag glaubte, den in
manchen Gemeinden herrschenden Mangel an geeigneten Vor-
sitzenden dadurch etwas weniger fühlbar zu machen.

Der § 13 des bisherigen Gesetzes setzte fest, daß die
näheren Bestimmungen über die Wahl der Beisitzer und das
Verfahren bei der Wahl durch Ortsstatut getroffen werden.
Daher kam es, daß in vielen Gemeinden die Wahlen voll-
zogen wurden, ohne daß vorher eine Wählerliste angefertigt
und zur Einsicht ausgelegt worden wäre, während in anderen
Gemeinden zwar nach Wählerlisten gewählt wurde, daß aber
in diese Listen nur diejenigen eingetragen wurden, welche schrift-
lich ihre Eintragung beantragt hatten. Dies hatte für viele Wähler
den Nachteil, daß sie am Wahltage zur Stimmenabgabe nicht zu-
gelassen wurden, weil sie es unterlassen hatten, den Eintragung-
santrag zu stellen. Nach dem neuen Gesetz besteht zwar auch
in Zukunft kein Zwang für die Gemeinden, nach Wählerlisten
wählen zu lassen, dafür aber enthält es die Bestimmung, daß
überall da, wo durch Ortsstatut die Aufstellung solcher Listen
angeordnet wird, diese Listen von den Gemeindebehörden,
ohne daß es erst eines Antrags der Wahlberechtigten bedarf,
eventuell mit Hilfe der Polizeibehörden und Krankentassen
aufgestellt werden müssen. Neu ist ferner unter den
die Wahl der Beisitzer betreffenden Bestimmungen

die, wonach die Einführung des Proportionalwahl-Systems
(Verhältnismahl) für zulässig erklärt wird. Eine Erweiterung
des Wahlrechts bringt das neue Gesetz insofern, als der
socialdemokratische Antrag zur Annahme gelangte, welcher
forderte, daß in § 13 die Bestimmung gestrichen werde,
welche festsetzte, daß der Wähler seit mindestens
einem Jahre in dem Bezirke des Gewerbegerichts Wohnung
oder Beschäftigung haben muß.

Das Gewerbegerichts-Gesetz enthielt bisher keine Be-
stimmung darüber, wer im Sinne dieses Gesetzes als Arbeit-
geber zu betrachten sei. Während einige Gemeinden jeden als
Arbeitgeber erachteten, der sein Gewerbe wenn auch ohne
Gesellen, Lehrlinge oder sonstige Hilfsarbeiter selbständig be-
trieb, wurde in anderen Gemeinden die Beschäftigung von
Hilfskräften als Vorbedingung erachtet, um als Arbeitgeber
zu gelten. Um hier einheitliches Recht zu schaffen, hatten
unsere Parteigenossen im Reichstage beantragt, daß als
Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes jeder
selbständige Gewerbetreibende gelten solle,
auch wenn er keine Arbeiter beschäftigt.

Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Majorität.
Es wurde vielmehr beschlossen, daß als Arbeitgeber die-
jenigen selbständigen Gewerbetreibenden zu betrachten seien,
welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hin-
durch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen.

Große Mißstände hat die Bestimmung des bisherigen
§ 13 Absatz 3 des Gesetzes hervorgerufen, nach welcher Mit-
glieder einer Innung, für welche ein Innungs-Schiedsgericht
in Gemäßheit des § 11 b Nr. 4 und der §§ 91-91 b der
Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie deren Arbeiter weder
wählbar noch wahlberechtigt sein sollen. Bei strenger Be-
folgung dieser Vorschrift waren die Gewerbegerichte jedesmal
gezwungen, sobald eine Innung die Errichtung eines Innungs-
Schiedsgerichts beschlossen hatte, einen Teil ihrer Beisitzer des
Amtes zu entheben, da der § 19 des Gesetzes festsetzte, daß
ein Mitglied des Gewerbegerichts, hinsichtlich dessen Umstände
eintreten oder bekannt werden, welche die Wählbarkeit zu dem
von ihm bekleideten Amte nach Maßgabe dieses Gesetzes aus-
schließen, des Amtes zu entheben sei.

Also nicht der Wille der Mandatgeber der Gewerbe-
gerichts-Beisitzer war entscheidend, sondern der einfache
Beschluss einer Innung genügte, um die Gewerbegerichts-Beisitzer
ihres Amtes für verlustig zu erklären. Diese oft hilflosen
Amtsentsetzungen sind in Zukunft unmöglich, weil durch einen
socialdemokratischen Antrag veranlaßt wurde, daß dem Gesetze
eine neue Bestimmung hinzugefügt worden ist, welche besagt,
daß aus den Arbeitgebern entnommene Beisitzer, die erst nach
ihrer Wahl Mitglied einer im alten § 13 Abs. 3 bezeichneten
Innung werden, sowie aus den Arbeitern entnommene Bei-
sitzer, die erst nach ihrer Wahl bei einem Mitgliede einer
solchen Innung in Arbeit treten, bis zur nächsten Wahl im
Amte bleiben sollen.

Ueber die örtliche Zuständigkeit der Gewerbegerichte ist
oft Streit entstanden, weil bisher nur dasjenige Gericht zu-
ständig war, in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung zu
erfüllen ist. Es kamen Fälle vor, in denen infolge dieser Be-
stimmung mehrere Gerichte sich als nicht zuständig erklärten
und eine Klage beim Gewerbegericht deshalb überhaupt nicht
angebracht werden konnte. Recht unliebsame Erfahrungen in
dieser Hinsicht hat u. a. ein in einem Weisenwagen der Eisen-
bahn beschäftigter Köhler gemacht, weil nicht festgestellt
werden konnte, in welchem Gewerbegerichts-Bezirk dessen
streitige Verpflichtung zu erfüllen war. Um derartige
Kompetenzstreitigkeiten aus der Welt zu schaffen, soll nach
dem abgeänderten Gesetz außer dem genannten auch noch das
Gewerbegericht zuständig sein, in dessen Bezirk sich die
gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befindet oder
beide Parteien ihren Wohnsitz haben. Unter mehreren zu-
ständigen Gewerbegerichten hat der Kläger die Wahl.

In den Urteilen der Gewerbegerichte soll künftig nicht
wie bisher nur der Betrag der Kosten neben dem Spruch des
Gerichts enthalten sein, sondern auch der Betrag der der
obliegenden Partei etwa zu gewährenden Entschädigung
für Zeitversäumnis soll, so weit sie sofort zu er-
mitteln, im Urteil festgestellt werden.

Nach dem bisherigen § 61 konnte das Gewerbegericht in
Fällen von Streitigkeiten, welche zwischen Arbeitgebern und
Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder
Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses entstanden, als
Einigungsamt nur dann angerufen werden, wenn die
Anrufung von beiden, am Streit beteiligten Teilen erfolgte.
Nach dem neuen Gesetz ist die Kompetenz des Gewerbegerichts
als Einigungsamt weit ausgedehnt worden. Erfolgt künftig
die Anrufung nur von einer Seite, so soll der Vorsitzende dem
andern Teile oder dessen Stellvertretern oder Beauftragten
Kenntnis geben und zugleich nach Möglichkeit dahin wirken,
daß auch dieser Teil sich zur Anrufung des Einigungsamtes
bereit findet.

Ferner ist der Vorsitzende jetzt befugt, zur Einleitung der
Verhandlung vor dem Einigungsamt, und in deren Verlauf
an den Streitigkeiten beteiligte Personen vorzuladen und zu
vernehmen. Er kann hierbei, wenn das Einigungsamt
ordnungsmäßig angerufen worden ist, für den Fall des Nicht-
erscheinens eine Geldstrafe bis zu einhundert
Mark androhen.

Diese Strafbestimmung hat bekanntlich den hellen Jörn
des profitwütigen Unternehmertums entflammt. Dieser

Bestimmung wegen versuchten die Scharfmacher des
Centralverbandes der Industriellen den Bundesrat zu ver-
anlassen, der Abänderung des Gesetzes seine Zustimmung zu
verweigern. Doch diesmal war ihr Bitten umsonst, die Novelle
hat die Zustimmung des Bundesrats erhalten.

Die Zusammensetzung des Einigungsamtes des Gewerbe-
gerichtes wird nach dem neuen Gesetz auf wesentlich anderer
Grundlagen beruhen. Bisher war das Einigungsamt neben
dem Vorsitzenden mit vier Beisitzern, Arbeitgeber und Arbeiter
in gleicher Zahl, besetzt. Die Zuziehung der Beisitzer erfolgte,
sofern durch das Statut nichts anderes bestimmt war, durch
den Vorsitzenden. Es konnte sich ferner durch Zuziehung
von Vertrauensmännern der Arbeitgeber und Ar-
beiter in gleicher Zahl ergänzen. Dies mußte ge-
schehen, wenn es von den Vertretern beider Teile unter Ver-
zeichnung der zuzuziehenden Vertrauensmänner beantragt wurde.

Jetzt sollen die vom Vorsitzenden zu berufenden Beisitzer
des Einigungsamtes fortfallen. Das Einigungsamt besteht in
Zukunft neben dem Vorsitzenden nur noch aus den Ver-
trauensmännern der Arbeitgeber und der Arbeiter in gleicher
Zahl. Die Vertrauensmänner sind von den Beteiligten zu
bezeichnen. Erfolgt die Bezeichnung nicht, so werden
die Vertrauensmänner durch den Vorsitzenden er-
nannt. Einigen sich die Beteiligten über die Zahl
der zuzuziehenden Vertrauensmänner nicht, so ist die
Zahl derselben von dem Vorsitzenden auf mindestens zwei für
jeden Teil zu bestimmen. Die Vertrauensmänner dürfen
nicht zu den Beteiligten gehören. Der Vorsitzende ist befugt,
eine oder zwei unbeteiligte Personen als Beisitzer mit be-
ratender Stimme zuzuziehen; vor der Zuziehung sind die
beiden Teile zu hören.

Zum Schluß wollen wir noch darauf hinweisen, daß den
Gewerbegerichten durch das neue Gesetz insofern ein größeres
Recht eingeräumt worden ist, indem sie nicht nur wie bisher
berechtigt sein sollen, in gewerblichen Fragen Anträge an
Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden, sondern
künftig auch an die gesetzgebenden Körper-
schaften der Bundesstaaten und des Reiches
zu richten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Dezember.

Joll-Schmelzketten.

Wir citierten kürzlich einen seltsamen Artikel des leitenden
Centralblattes, der darin spielte, daß manchem Abgeordneten schon
jezt die Meinung zur Mitarbeit an der Feststellung des Zollgesetzes
vergehen könne, da nicht einmal Klarheit bestehe, ob und inwieweit
die Regierung selbst an ihrem Entwurf noch festhalte. Diese über-
raschenden Bemerkungen der „Germania“ fanden eine Erweiterung seitens
des Berliner Korrespondenten der oft offiziös erschienenen Münchener
„Allg. Ztg.“; der Korrespondent suchte den „Germania“-Artikel dahin
zu erklären, daß das Centrum sich für den Fall des Scheiterns des
Zolltarifs schon jetzt gegen den Vorwurf der eigenen Zerfahrenheit
und Hilflosigkeit durch die Beschuldigung der Re-
gierung in Deckung sichern wolle.

In der Sonntagsnummer der „Allg. Ztg.“ werden diese An-
deutungen gegen das Centrum in verschärfter Form wiederholt, ohne
daß doch Klarheit geschaffen würde über die Vorgänge in der
Centrumpartei, die den Andeutungen zu Grunde liegen sollen. Der
Berliner Korrespondent führt an:

Man müßte ein gewissenloser Optimist sein,
wollte man behaupten, daß die Lage der inneren Reichspolitik
einen freundlichen Anblick gewähre. Die Männer von
kräftig nationaler Bestimmung haben schon bei der famosen
Debatte über die Polen-Interpellation den ganzen Sommer
des Schicksals, welches das Centrum zur führenden Partei
im deutschen Reichstage machte, zu kosten bekommen.
Als geringer Trost konnte ihnen wenigstens die Hoffnung
bleiben, daß das Centrum die große Aufgabe der Jolltarif-
reform zu einem guten Ende führen werde. Aber inzwischen
haben sich die Anzeichen in geradezu erdrückendem
Maße gehäuft, daß das Centrum sich um diese Auf-
gabe herumdrücken möchte. Wer die Centrumsdebatte in der
endlosen Generaldebatte des Reichstags gehört hat, dem hätte
jeder Zweifel an der Einigkeit des Centrums über die
Jolltariffrage für ausgeschlossen gelten können. Inzwischen
ist es Thatsache, daß das Centrum nichts weniger
als einig ist, und damit erscheint das Zustand-
kommen des Jolltarifgesetzes in Frage gestellt.
Wir haben keine Meinung, Schwarzmalerei zu treiben;
aber andererseits wäre es leichtsinnig, sich über die Tragweite dieser
Situation nicht klar zu werden.“

Der Korrespondent legt weiter dar, daß die agrarischen Kreise
das Scheitern des Tarifs nicht ruhig ertragen würden, und daß Graf
Bilow sicherlich den Reichstag auflösen und den Jolltarif
zur Lösung des Wahlkampfes machen werde. Der nationalliberale
Korrespondent beschließt seine Betrachtung mit erneuertem Appell an
das Centrum:

„Der Wahlkampf, wie er alsdann entzweien würde, würde
vorausichtlich den extremen Richtungen über die
mittleren die Oberhand verschaffen. Aber weder
ein Sieg der freihändlerischen, noch ein Sieg der intrinsigsten
agrarischen Richtung würde zu befriedigenden Zuständen führen.
Und das Ende? Das Deutsche Reich darf und wird nicht über
den Streite der politischen Parteien zu Grunde gehen. Aber ob
nicht die parlamentarischen Institutionen im Fall dauernder
Leistungsunfähigkeit Schaden nehmen könnten, ist eine andre Frage.
Wenn man sich das in Centrum genau überlegt, kommt man
vielleicht noch rechtzeitig auf den richtigen Weg.“

Die „Germania“ findet in ihrer Ausgabe vom Montagabend noch kein Wort der Erwiderung auf diese nationalliberalen Zumutungen. Dies könnte auffällig erscheinen, wenn man die Journalistische Schwendebewegung des Centrumsblattes nicht bei allerlei Gelegenheiten, bei Anlässen ohne Bedeutung ebenso wie bei wichtigen Vorkommnissen, genügend kennen gelernt hätte. Vorläufig können die dunklen Andeutungen der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ wenig beweisen, denn die Centrumpresse befindet sich auf den heutigen Tag in der Verurteilung des Zolltarif-Entwurfs keinerlei Abweichen von der bisher dauernd festgehaltenen Meinung. Auch am Sonnabend brachte die „Allgemeine Zeitung“ einen Artikel, der das Verhalten des Centrums auf die Erklärungen der Centrumsredner bei der ersten Lesung des Tarifs feststellte. In der Öffentlichkeit ist jedenfalls nichts von den „Anzeichen“ und „Thatsachen“ bekannt, auf welche die „Allgemeine Zeitung“ sich beruft, ohne sie näher zu bezeichnen.

Wir erachten das schärfste Mißtrauen gegen all diese Zoll-Geheimlichkeiten für geboten. Es wäre höchst bedenklich, wenn die große lebensvolle Volksbewegung gegen den Zolltarif sich durch die Erweckung von unklaren Hoffnungen auf das Scheitern des Tarif-entwurfes durch die Uneinigkeit über die Zolltarif-Höhen-Parteien einschläfern ließe. Dies darf nicht mehr geschehen, was auch immer an Verwirrungsversuchen in den bürgerlichen Zeitungen aufgebracht werden mag.

Sollte demnach in den Geheimnissen der „Allgemeinen Zeitung“ mehr als nationalliberaler Kerger über die Centrumsmacht stecken, sollte die Frage des Minimaltarifs oder andre Momente die Protokollpartei unter einander entzweien — nun, um so besser! Die lächerliche Angstherde des nationalliberalen Blattes, als könne die Bewegung des deutschen Volkes die parlamentarischen Institutionen erschüttern, wird selbst das Centrum nicht erschrecken. Die agrarische Reaktion wird aus solchem Wahlkampf nicht als Sieger hervorgehen. Wohl aber wird die liberale und socialdemokratische Linke, die den Sieg erringen wird, die parlamentarischen Institutionen nicht nur vor Erschütterung bewahren, sondern lang ersehntem Ausbau entgegenführen.

Eine Spaziersfahrt nach Venezuela?

Der Millenar-Vorber Frankreichs scheint unsere Flottenpatrioten nicht schlafen zu lassen. In vollem Ernste erörtert man bereits die Eventualität einer deutschen Flottendemonstration, ja eines Krieges gegen Venezuela. Und bezeichnenderweise ist es wieder ein liberales Blatt, das „Berliner Tageblatt“, das bereits mit dem Säbel, oder, wie es hier heißen möchte, mit dem Dreizack fuchelt. Die Herausforderungen des Präsidenten Castro, erklärt das Post-Blatt, würden „immer unwechslbarer“. Danach scheint Herr Leysohn es an der Zeit zu halten, daß Deutschland auf die „Unverschämlichkeiten“ des venezolanischen Präsidenten schleunigst durch die Entsendung eines Geschwaders antwortet. Die übrige Presse betrachtet die Sache zwar wesentlich kühler und beteuert, daß man in mahgebenden deutschen Kreisen noch immer an der Hoffnung festhalte, daß sich der Konflikt in befriedigender Weise durch diplomatische Unterhandlungen belegen lassen werde. Aber auch diese Versicherungen stellen den Ausbruch eines Konfliktes, die Entsendung eines deutschen Geschwaders keineswegs als etwas außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegendes hin.

Man erwartet noch immer ein Nachgeben Venezuelas. Wie nun, wenn Venezuela, auf die Unterstützung einer andern amerikanischen Macht stützend, sich den deutschen Forderungen nicht gefällig zeigen sollte? Die deutsche Presse scheint es unter solchen Umständen als etwas ganz Selbstverständliches anzusehen, daß alsdann ein deutsches Geschwader die Spaziersfahrt nach den venezolanischen Gewässern antreten müsse, um Häfen zu blockieren, kurz in derselben Weise aufzutreten, wie vor einigen Wochen Frankreich bei seiner vielbespotteten Flottendemonstration in den türkischen Gewässern.

Welche Forderungen Deutschland der venezolanischen Regierung gestellt hat, ist diplomatisches Geheimnis geblieben. Wie aus Venezuela eingegangene Nachrichten behaupten, handelt es sich um den Erwerb deutschen Eigentums, das bei früheren Aufständen zerstört worden sei, und um die Zahlung der fälligen Rindrate für die von der Diskontogesellschaft finanzierte Eisenbahnleihe. Es handelt sich also genau wie bei dem franco-türkischen Konflikt um die Ansprüche von Finanzlokalen, die teils nicht anerkannt, teils verzögert worden sind. Daß die französischen Ansprüche teils sehr dubioser Art waren, ist bekannt, ob die Ansprüche der deutschen Finanziers in allen Punkten berechtigt sind, läßt sich nicht beurteilen. Was speziell die deutsche Eisenbahnleihe anlangt, so sind nur die Forderungen der deutschen Kapitalisten für die Zeit vom 30. Juni 1898 zu tilgen. Allem Anschein nach ist infolge des neuerlichen Bürgerkrieges Venezuela nicht in der Lage, die Rindraten zu zahlen. Ob es besonders flug von Deutschland ist, gerade in diesem Augenblick, wo die liberale Regierung bemüht ist, die konservative Erhebung niederzuwerfen, gegen die bedrängte Regierung vorzugehen, erscheint zweifelhaft. Denn je länger der Bürgerkrieg dauert und je mehr die gegenwärtige Regierung geschwächt wird, desto ungünstiger werden die Aussichten auf eine Befriedigung der deutschen Ansprüche.

Präsident Castro scheint, wie gesagt, außer Stande zu sein, die deutschen Forderungen zu erfüllen. Es wurde bereits gemeldet, daß er die Häfen in Verteidigungszustand setzen ließe. Auch nach einer andern Meldung soll er zum äußersten Widerstand entschlossen sein und angeblich 15 000 Mann zu diesem Zwecke zur Verfügung halten. In den panamerikanischen Bestrebungen der Union erblicke er einen Nischol gegen einen ernstlichen Angriff.

Inzwischen ist der Konflikt durch einen weiteren Zwischenfall mit der deutschen Eisenbahnlinie verschärft worden. Die venezolanische Regierung hat den Verkehr auf dieser Linie sperren lassen, weil die Gesellschaft sich weigerte, Truppen zu erhalten. Der deutsche Gesandte in Caracas soll nachdrücklich Einspruch gegen diese Sperre erhoben haben. Eine Meldung behauptete sogar, daß der deutsche Gesandte wegen dieses Vorfalls einen heftigen Wortwechsel mit Castro gehabt habe und aus Caracas abgereist sei, doch wird diese Nachricht als Erfindung charakterisiert. Die diplomatischen Verhandlungen dauerten vielmehr noch fort.

Eine „Lassan“-Drachung will weiter wissen, daß die venezolanische Regierung den Berliner Vertreter Krupp's ersucht habe, den Leiter der Eisenbahn seines Amtes zu entheben. Man nehme an, daß derselbe wegen seines Verhaltens während der venezolanischen Wirren ausgewiesen werden solle. Danach könnte es fast scheinen, als spiele bei dem Vorgehen gegen die venezolanischen Wirren auch die politische Intrigue mit.

In London verbreitet man das Gerücht, als würden die Vereinigten Staaten sich einem Vorgehen Deutschlands gegen Venezuela widersetzen. Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ meldet, der deutsche Versuch, Venezuela durch Entsendung von Seestreitkräften zum Nachgeben zu zwingen, werde möglicherweise zu ersten Streitigkeiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten führen. Zwischen dem Washingtoner Staatsdepartement und dem Berliner Auswärtigen Amt bestehe keine Meinungsverschiedenheit, man beschränke aber sehr, daß lokale Vorfälle in überreiter Weise einen Bruch herbeiführen könnten. Die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland für früher oder später werde von den obersten Militär- und Marinebehörden in Betracht gezogen. Hervorragende Persönlichkeiten im Kriegs-, Staats- und Marine-Amt hielten einen solchen Krieg für unvermeidlich.

Von anderer Seite wird ganz entschieden bestritten, daß in amerikanischen Regierungskreisen derartige Auffassungen beständen. Und in der That ist es ja auch trotz des starren Festhaltens der Union an der Monroe'schen und des selbstbewußt kriegerischen Auftretens

derselben in der letzten Zeit wohl ausgeschloffen, daß ein deutscher Operetteneingriff gegen Venezuela zu einem Krieg der Union mit Deutschland führen könnte. Zumeist wäre es möglich, daß die Union sich auf diplomatischem Wege Venezuelas annähme, bevor es zum Kampfe käme.

Offentlich treten alle derartigen Eventualitäten überhaupt nicht ein, hoffentlich bewahrt die deutsche Regierung kaltes Blut. Offentlich bestimmt sie sich zweimal, bevor sie in übereifriger Vertretung der Interessen der Herren Krupp und Konfianten einer Flottenspaziersfahrt nach Venezuela antreten läßt. Das geheimerste ist, Venezuela erst einmal seine innere Krise überlassen zu lassen, die Herren von der Diskontobank werden alsdann schon zu ihrem Spekulationsgewinn kommen. Jedenfalls viel eher, als wenn man mit der gepanzerten Faust aufstumpft. Ein Krieg gegen Venezuela würde Deutschland wohl Millionen kosten, aber schwerlich etwas einbringen. Denn nach der Art der hinfälligen Kriegsführung würde die Union Deutschland schließlich doch nicht in Venezuela vorgehen lassen, das verteidigt sich nicht mit ihrer Monroe-Doktrin. Also ruhiges Blut, und eine kalte Douché für die lindischen Rärmer vom Schläge des Woffe-Blattes.

Deutsches Reich.

Interieur.

Die Kunststrebe Wilhelms II. hat in den Kreisen der „modernen“ Künstler natürlich arg verstimmt. Man hat außergerichtlich harte Gegenäußerungen in der Presse gelesen und Andenkbares in privaten Circeln gehört. Wer nun aber wähen sollte, der Trost sei in diese bürgerliche Künstlerkastei gefahren, der würde sich ebenso geknallt zum Korren halten, wie die guten Leute, die in dem Goethe-Aufstand der Heingemäuer das Erwachen des deutschen Geistes bejubelten. Ach, Herr Sündermann hat sein Schwert längst wieder aus der Hand gelegt und sein Nützschwert ist eine komische Erinnerung von ehegezeiten. Der byzantinische Stil ist der Bourgeoisie-Kunst gemeinsam, ob sie sich nun idealistisch auf der Sieges-Allee parziert oder auf modernen Gefilden secessionistisch wandelt.

Nicht über die höchste Höhe der Kunst hat man sich entzweit, sondern daß just die Vegas auf den Stufen des Thrones sitzen dürften, nicht die andren. Es waren die Boshheiten des Salons der Zurückgewiesenen über die glücklicheren Konkurrenten. Futterneid stachelte den menschlichen Jörn. Die Sieges-Allee-Leute sollen aus der Sonne gehen, damit die „Modernen“ heran könnten. Das ist das ganze Geheimnis!

Herr Prof. Ruther, der Herold der vom Kaiser verachteten Kunst, hat das mit schöner, naturalistischer Offenheit soeben in der Wiener „Zeit“ ausgesprochen. Er richtet in dem Blatt eine begeisterte Ode „An Kaiser Wilhelm“, einen Artikel, der selbst im Sieges-Allee-Stil verfaßt ist. Er findet in der Rede „goldne Worte“, „inhaltschwere herrliche Sätze“. „Ein Großer der Vergangenheit“ — so besannert Ruther in Weinger Inzenerung —, „scheint aus seinem Munde zu reden: stolz und selbstbewußt, seinem persönlichen Geschmack vertrauend, die Künstler anregend und zugleich vom Reiz der dem Genius durchdrungen“. Wilhelm II. ist aber auch der „moderne Mensch“.

Denn leblich dem Glanz des medicischen Hauses hatte unter Leo X. die Kunst gedient. Ein Mittel der Selbstverherrlichung war sie dem Somentönig. Im Kopf Kaiser Wilhelms ist Schillers Gedanke von der ästhetischen Erziehung des Menschen geblieben lebendig. Er kennt die Kulturmission der Kunst. Er denkt nicht an sich allein, an das Haus Hohenzollern, nein, an das arme, schändlichdüstende Volk.

Und Herr Ruther zieht den Hut vor dem „Herrn Kaiser“ und janzigt aus tiefer Brust:

Der Traum unsrer Zeit ist hier in Worte gefaßt. Und zwar es ein Traum nur. Du lauscht ihn verweilichst. Heil, Kaiser Wilhelm! Das ist das Große, das Bewundernswerte des deutschen Kaisers, was, ach, so wenige Fürsten mit ihm teilen. Er hört das Herz der Zeit in seiner Brust pochen, fühlt sich mitten in der Weltwärme der Gedanken, die im Kopf unsrer Großten, unsrer Edelsten reifen. Und er wird sie zum Leben führen, das darf man sicher sein. Wann wird der Augenblick kommen? Wann wird der seltsame Pfiff, den die gleichen Empfindungen, die gleichen Ideengänge mit uns verbinden, diese Verwandtschaft fühlen?

Aber nun kommt das Tragische, das Ungeheure, das Unbegreifliche. Dieser Fürst, der ganz nach dem Herzen Ruther's und der Seinen ist, steht in den Banden schlimmer Verleumder. Die moderne Kunst ist bei Kaiser Wilhelm verkommen. Völlig, die um ihren Posten bejagt sind, haben ihm Flühe ins Ohr gesetzt, ihm Lügen aufgebunden, die dümmsten Oerförster-Geschichten erzählt. Der Socialismus — ja natürlich! Das ist für einen Fürsten das Beste, wie für einen Loro das rote Tuch. Aber wo sind nur die Bilder, die das Glend noch schenlicher hinstellen, als es ohnehin ist und sich damit am deutschen Volke verflüchtigen? Die Grundnote der gegenwärtigen Kunst ist eine idealistische, romantische. Die Phantasie, die Legende, das Märchen herrscht. Ganz wie der Kaiser es ausspricht: die Kunst will uns ermöglichen, uns nach harter Mühe und Arbeit am Schönen zu erfreuen, aus unsren sonstigen Gedankenkreisen herauszutreten.

Diese moderne Kunst ist — das beteuert Ruther übrigens durchaus zutreffend — ganz und gar nicht socialistisch revolutionär, sie ist märchenhaft-romantisch, völlig harmlos, und ihr höchstes Ideal ist, bei Hofe zugelassen zu werden. Und nun haben die bösen Vegas und Werner, die Lessing und Eberlein die Modernen schamlos aus der Kunst des Herrschers verdrängt, indem sie diese Kunst als — abschändlich — socialistisch anschwärzten.

Indes Herr Ruther giebt die Hoffnung nicht auf: Ein! wird kommen der Tag, da Vassilos Lude zu Schanden wird, da die alten Günstlinge und Verleumder mit Schmach und Schande davon gejagt werden; und alsdann wird in strahlender Pracht die verfolgte Kunst der modernen Kunst unter Ruther's Führung in das Schloß einziehen, und Freude wird sein und Jubel; die Aufträge, Honorare, Titel, Orden und Dankreden werden strömen, und die Sieges-Allee wird verlängert werden, aber nicht mehr zu Gunsten der Vegas, Cauer, Böse, Dreuer und Calandrelli, sondern — — — Also schreibt Herr Richard Ruther, auch ein deutscher Professor von Althoff's Gnaden, wörtllich:

Der unerklärliche Widerspruch, der zwischen den Worten des Kaisers und seinen Thaten besteht, geht nur darauf zurück, daß noch alte Herren ihn umschmeicheln, die aus Zeiten der Unkunst stammen. Wenn sie erst einmal tot sind, wenn Männer seiner Generation ihn umgeben wenn das Volkwerk von Lügen befreit ist, das solche Ratgeber aufbauten, dann wird er nicht mehr Reinhold Vegas, den schlichten Epigonen des Barock, mit den Griechen, die draden andern Herren mit Meistern der Renaissance vergleichen. . . . Ich sehe den Moment schon kommen, ich fühle ihn nahen. Und dann ist Kaiser Wilhelm der Volksthrone unsrer Träume.

Ein Kulturbild aus Deutschlands tiefster Erniedrigung ist dieser Artikel des Kunstschreibers. Die bürgerliche Welt ist hoffnungslos verwaifert. Wam kommt ein reinigendes Gewitter, das endlich die unerträgliche Situations auslehrt?

Oder irren wir uns? Werden die modernen Künstler von Ehre und Charakter nun öffentlich und laut gegen die beleidigenden Träume des Herrn Ruther protestieren, die den Futterneid und die Hofgünstlererei zum tiefsten Inhalt künstlerischer Sehnsucht machen? Wir glauben an solchen Protest nicht. Eher verlehrt schon Herr Althoff Herrn Ruther nach — Berlin. Sein Befähigungsnachweis zu einer Berliner Professur ist jetzt erbracht. . . .

Die Not.

Aus Baden wird und geschrieben: Die verschiedenen Thatsachen, die im Laufe der letzten Tage hinsichtlich der Arbeitslosigkeit durch Veröffentlichungen städtischer Behörden bekannt geworden sind, stimmen sehr schlecht zu dem von der Regierung und den bürgerlichen Parteien anlässlich der socialistischen Interpellation im Landtag unternommenen Versuch, jeden wirklichen Mangel in Abrede zu stellen. In seinem eben veröffentlichten Bericht über eine Untersuchung der Geschäftslage in Karlsruhe jagt das dortige statistische Amt:

Der Stillstand und Mangel im Geschäftsleben der Großindustrie kam auch hier in Arbeiter-Entlassungen und in Kürzungen der Arbeitszeit und des Arbeitslohns zum Ausdruck. Die von ihm unmittelbar betroffenen hiesigen Großbetriebe haben ihre Arbeiter und ihr sonstiges Betriebspersonal, wenn man seinen derzeitigen Bestand in Vergleich setzt zum Novemberstand des vorigen Jahres, um etwa den vierten Teil, und wenn man ihn am Novemberstand des Jahres 1890 misst, in dem die wirtschaftliche Hochkonjunktur ihren Höhepunkt erreichte, um etwa den dritten Teil verkleinert.

Was es für eine Stadt wie Karlsruhe mit verhältnismäßig starker Großindustrie bedeutet, wenn ein volles Drittel der in dieser beschäftigten Arbeiter brotlos auf die Straße gesetzt wird, läßt sich leicht ermessen, und es braucht daher nicht Wunder zu nehmen, wenn man gleichzeitig erfährt, daß der Aufwand der Stadt für die Armenpflege gleichzeitig gewaltig gesteigert werden mußte.

Genau dasselbe traurige Bild zeigen auch die Mitteilungen des statistischen Amtes der Stadt Mannheim. Dasselbe konstatiert, daß in einer ganzen Reihe von Berufen, namentlich bei den Eisen- und Metallarbeitern, den Schmieden, Bauwerkstätten, Bauhelfern, Maurern, Malern und Anstreichern, also überhaupt bei den Bauhandwerkern, dann auch bei den Fabrikarbeitern ohne nähere Bezeichnung und den Tagelöhnern bereits im Oktober ein den Betrag erheblich übersteigender Wegzug von Arbeitskräften, insbesondere männlichen, stattgefunden hat. Die Ausweise der Krankenkasse ergänzen dieses Bild. Seit Anfang Juli bis Ende Oktober d. J. ist die Mitgliederzahl der Krankenkassen in fortgesetztem Fallen von 53 084 auf 50 700 zurückgegangen, und der November und Dezember dürften die Verminderung hierin noch bedeutend übertraffen haben. Ganz im Rahmen dieses Bildes halten sich auch die rapid steigenden Beträge, die für Armenunterstützung aufgewendet werden müssen. Auf 1000 Einwohner kamen im Oktober d. J. bereits 107,00 M. Armenunterstützung, gegen 86,37 M. im gleichen Monat des Vorjahres und 102,17 M. im September. Der Arbeitsmarkt hatte nach dem Berichte derselben Stelle schon im Oktober eine beträchtliche Verschlechterung erfahren. Auf 979 offene Stellen in der männlichen Abteilung kamen 5787 Bewerber, also nahezu sechs im Durchschnitt auf jede offene Stelle. War schon im Oktober ein derartiger Ueberschuß von Angebotenen zu verzeichnen, um wie viel mehr mag dies erst jetzt, im November und Dezember, der Fall gewesen sein! Der Monat Oktober war seit langen Jahren der erste, in dem der Zuwachs der Bevölkerungszahl von Mannheim lediglich auf den Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle zurückzuführen war. —

Das Reinigungsfessen. Wie bekannt, wollen die Berliner Professoren mit ihren trinkeligen Necken und mannhaften Mägen für den Unversitätsgewaltigen Althoff demonstrieren. Unter Vorhug des Herrn Schmoller werden sie die Angriffe des Straßburger Professors Michaels mit Champagner abwachen. Nach der Suppe bereits wird Herr Althoff ein tadelloser Mann sein, und nach dem Pfiff der „Besten Einer“. Wenn Käse aber wird ein Heiligenschein seinen Schmelz bestrahlen, und die familiären voraussetzungsgelassenen Fakultäten werden die Ladspitzen seiner Schube anbetend küssen, von dem demütigen Wesen des Christentums tief durchdrungen. Will man noch behaupten, die Professoren hätten keine Befimmung, wo sie durch die That beweisen, daß sie das Stärkste und Schwerste fähig bewältigen — den päpstlichen Wein und die schwersten Speisen! — Damit nicht genug, wird bereits behauptet, daß noch höhere Ehre dem getreuen Eckart der Bekehrungsgarnison bedarf.

Dem „Jenaeer Volksblatt“ wird aus Berlin depechiert: Zu dem akademischen Althoff's Essen im Hause von Professor Schmoller, das am 5. Januar stattfinden soll, hat der Kultusminister Studt sein Erscheinen zugesagt. Uingewöhnlich bewegen sich in Redewendungen, die Laun einen andren Sinn zulassen, als daß bei diesem Festessen auf das Erscheinen des Kaisers oder, falls er verhindert sein sollte, des Reichskanzlers geredet wird. Der Kaiser (oder sein Vertreter) soll als Beschirmer der „voraussetzungsgelassenen Wissenschaft“ gefeiert und im Anschluß daran Althoff eine Ovation gebracht werden.

Sollte Bälou wirklich kommen, so wird er vermutlich in seiner Rede darlegen, was sein Freund Fichte über die Bestimmung des Gelehrten, über Denk- und Lehrfreiheit gesagt hat. Wir sind gern bereit, dem Herrn Reichskanzler mit den benötigten Citaten auszuweichen. —

Verstaatlichung des Bergbaues. Die „Verl. Börsen-Ztg.“ erfährt, daß seitens des Handelsministers Müller neuerdings erfolgversprechende Verhandlungen wegen Vergrößerung des staatlichen Bergwerkesbetriebes in Rheinland-Westfalen angeschlossen worden sind.

Von einer Verpreufung des Bergbaues ist kein socialpolitischer Fortschritt zu erwarten. —

Die Guleugebirgs-Weber gegen den Zolltarif. Am zweiten Weihnachtstages tagte in Friedrichsfelde bei Leutmannsdorf eine trotz des stürmenden Regens sehr gut besuchte Volksversammlung. Nach einem Resorot des Genossen Feldmann-Langenberg nahm dieselbe einstimmig folgende Resolution an:

Schon bei normalen Verhältnissen macht sich bei der larg entlohten Hausweber-Bevölkerung des Guleugebirges jede Vertierung der Lebensmittel auf das schmerzliche bemerkbar; die jetzige Krisis legt aber der Hausweber-Bevölkerung Entbehrungen der härtesten Art auf, die verhäßt worden sind durch die bestehenden Lebensmittelpreise. Geradezu unerträglich würde das Los der Guleugebirgs-Bevölkerung werden, wenn der Zolltarif der Regierung ober gar die Zollforderungen der Großgrundbesitzer, des Bundes der Landwirte, Gesehkräften erlangten.

Die heute am 26. Dezember 1901 in Klein-Friedrichsfelde bei Leutmannsdorf tagende, sehr stark von Hauswebern besuchte Versammlung erklärt sich deshalb auf das entschiedenste gegen den Zolltarif der Regierung und gegen die Zolltarif-Höhen-Parteien. Die Versammlung erklärt, daß sie ihr Interesse am besten gewahrt glaubt durch langfristige Handelsverträge. Die Versammlung beauftragt den Abgeordneten für Westfalen-West, Herrn Franz Tugauer in Berlin, diese Resolution dem Reichstage zu unterbreiten. —

Folgende Erklärung

sendet und der Reichstags-Abgeordnete Dr. Heim, Mitglied der Centrumpartei:

Der Herr Kollege Dr. v. Paller veröffentlicht im „Vorwärts“ folgende Erklärung:

Wie ich aus dem Berichte über die Sitzung des Reichstages vom 11. Dezember ernehme, hat Herr D. Heim die Behauptung aufgestellt, ich hätte mich in verfassmässiger Weise in Pritz, wo die Socialdemokraten in der Gemeindevorstellung die Mehrheit hätten, für Erhebung des Octrois ausgesprochen. Diese Behauptung ist ein rechter Heim: 1. haben die Socialdemokraten in Pritz nicht die Mehrheit; 2. habe ich in Pritz überhaupt noch nicht geredet; 3. habe ich mich in Nürnberg am 10. Dezember 1900 im Bürgeraal sehr scharf gegen die Erhebung des Octrois in Pritz ausgesprochen, ebenso im bayerischen Landtag. 4. Wenn ich auch in letzterer Körperschaft versucht habe, die Haltung der Pritzer Genossen in der Octroisfrage zu erklären, so bin ich doch der letzte, der ihre Haltung gebilligt hätte.

Dem gegenüber brande ich bloß das hier folgen zu lassen, was ich im Reichstag in diesem Verreife gesagt habe:

In einer Hinsicht hat der Herr Kollege Sped sich geirrt und ich muß allerdings als Zeuge Herrn Kollegen Singer bestätigen und auch den Brief des Kollegen Segitz und des Kollegen v. Volkmar: es hat in der Zeitung gestanden, was Herr Kollege Sped sagte, aber die Zeitungsnote ist irrig gewesen. Es ist nicht von dem Kollegen von Volkmar und auch nicht von dem Kollegen Segitz, sondern von dem Kollegen v. Haller zugegeben worden, daß der Detroi in Fürtch, wo die Sozialdemokraten und Demokraten die Mehrheit haben, besteht. Ich glaube sogar — ich weiß es nicht genau, ich will nichts Unrichtiges behaupten — die Sozialdemokraten allein (Zuruf) — ich will ja nichts Unrichtiges behaupten, ich könnte ja irren. Ich sage, daß auch dort der Detroi nicht befeitigt worden ist. (Hört! hört! recht.) Auf dem bairischen Parteitag hat ein Sozialdemokrat gesagt: was sollen wir denn noch antworten draußen in der Agitation, wenn wir von Wortwucher reden wollen, und man behält in Fürtch den Detroi bei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gut! Sehen Sie, meine Herren, das freut mich; aber Herr Kollege v. Haller hätte dies thun müssen in Landtage, wie Herr Kollege Singer es hier getan hat, in richtiger Weise, d. h. von Ihrem Standpunkt aus; er hätte nicht diese Verkauflerung machen müssen, die er gemacht hat, indem er gesagt hat, die Steuererträge von Fürtch würden geschädigt, man würde sonst nach Nürnberg hinüberziehen usw. Das sind opportunistische Gründe, die Sie sonst nicht gelten lassen; Sie sagen sonst, der Opportunismus darf nicht ausflagelnd sein. (Sehr richtig! und Zurufe.) Sie geben mir also recht. Aber darum hat Herr Kollege v. Haller es doch gesagt. Ich lese ihm die Stelle vor — Bericht von der 172. Sitzung am 5. Oktober 1901 —: „Ich habe erklärt, daß, wenn in Fürtch im Gegenjag zu Nürnberg die Gemeindefinanzen bedeutend erhöht würden, für Fürtch die Gefahr bestände, daß so und so viel Gewerbetreibende, Handwerksmeister usw., denen es ganz gleichgültig ist, ob sie von Nürnberg oder von Fürtch aus ihre Geschäfte betreiben, nach Nürnberg ziehen würden; dadurch würde die Steuerkraft von Fürtch ungemein geschwächt, wenn an Stelle des Detrois direkte Steuern treten würden.“ Sehen Sie, meine Herren, das ist ein opportunistischer Standpunkt, und hier wollen Sie den gegenteiligen Standpunkt aufrecht erhalten. Infolge dessen ist die Debatte für mich über diesen Punkt geschlossen.

Jedermann, der die Erklärung des Herrn v. Haller mit meinen wirklichen Ausführungen vergleicht, muß finden, daß mich Herr v. Haller in keinem Punkt widerlegt hat. Ich habe nicht widerlegt, die ich gar nicht behauptet habe. Ich habe nicht gesagt, die Sozialdemokraten haben in Fürtch die Mehrheit, sondern einen Irrtum meinerseits sofort für möglich erklärt. Ich habe nicht gesagt, daß Herr v. Haller in Fürtch gesprochen habe. Ich habe nicht davon gesprochen, wie sich Herr v. Haller anderweitig über den Detroi äußert, ich habe nur laut offiziellem Stenogramm gesagt, in den Ausführungen des Herrn v. Haller im bayerischen Landtag sehe ich ein Stück Opportunismus.

Ausbach, 23. Dezember 1901.

Dr. Georg Heim.

Wir haben diese Erklärung Dr. Heims unserem Parteigenossen Dr. v. Haller unterbreitet, der uns dazu nachfolgendes schreibt:

Veranlaßt durch den Bericht des „Vorwärts“ über die Reichstags-Sitzung vom 11. Dezember sandte ich unserem Centralorgan eine Verichtigung zu den Ausführungen Dr. Heims über meine Stellungnahme zum Fürtcher Detroi. Nach Durchsicht des Reichstags-Stenogramms erging mir meine Verichtigung durch Nachstehendes:

Ich gebe zu, daß Dr. Heim nicht gesagt hat, daß ich in Fürtch über den Detroi gesprochen, auch, daß er nur geglaubt hat, daß die Sozialdemokraten in Fürtch die Mehrheit haben, und einen Irrtum seinerseits für möglich gehalten, das genierte ihn aber keineswegs, zugleich den Vorwurf mit der Spitze gegen die Sozialdemokraten zu erheben, daß in Fürtch der Detroi nicht befeitigt worden ist.

Ich will auf meine am 16. Dezember 1900 in Nürnberg gehaltene, die Stellung der Fürtcher Genossen zur Detroifrage mitschickende Rede nicht zurückkommen, da Dr. Heim sie wohlweislich ignorierte, sondern nur auf die von Dr. Heim angezogene Stelle aus meiner Postkarte in der bayerischen Kammer. Herr Dr. Heim hat hier beliebt, aus meinen Ausführungen zu den indirekten Steuern in Fürtch nur einen ihm bequemem Passus herauszugreifen und das Uebrige zu verschweigen; ich sprach über diesen Punkt laut Stenogramm folgendes:

Daß sich natürlich das Centrum — ich weiß augenblicklich nicht, ob sich auch Liberale beteiligen haben — (Abg. v. Volkmar: Natürlich!) das Fressen der indirekten Steuern von Fürtch nicht entgegen lassen würde, das war ja sehr klar und vorauszusagen. Ich kann hier ganz besonders gut dazu sprechen, da ich ja bereits zu dieser Frage vor einem Jahre Stellung dazu genommen habe in einer Verammlung in Nürnberg. Ich habe da durchaus nicht für die indirekten Steuern gesprochen, nein, im Gegenteil sehr scharf dagegen in dieser Nürnberger Verammlung. Aber ich habe die Haltung meiner Fürtcher Genossen in dieser Frage einschuldig und ich will Ihnen auch sagen warum. (Hört! hört! recht.) Gewiß, ich habe sie einschuldig. Die Nähe Nürnbergs ist von einer ganz besonderen Bedeutung für Fürtch. Sie wissen, daß zwischen den zwei Städten, die ungefähr gleiche Erwerbsbedingungen — vielleicht in Nürnberg noch teurere wie in Fürtch — für die Industrie und den Handel bieten, eine gewisse Konkurrenz stattfindet, und hier spielt die Höhe der Gemeindefinanzen eine große Rolle. Das Verhältnis Nürnberg-Fürtch ist ein spezieller Fall. In Bayern haben wir kein anderes Analogon. Es sind keine zwei Städte in Bayern vorhanden, die in einer derartig unigen Nachbarschaft liegen, wie gerade meine Vaterstadt Nürnberg und Fürtch. Ich habe erklärt, daß wenn in Fürtch im Gegenjag zu Nürnberg die Gemeindefinanzen bedeutend erhöht würden, in Fürtch die Gefahr bestände, daß so und so viele Gewerbetreibende, Handwerksmeister usw., denen es ganz gleich ist, ob sie von Nürnberg oder von Fürtch aus ihre Geschäfte betreiben, nach Nürnberg ziehen würden. Dadurch würde die Steuerkraft von Fürtch ungemein geschwächt. Ich habe damals dies ausgesprochen. Geben Sie doch den Städten ein richtiges Steuersystem, lassen Sie die Städte doch einmal aufhören, auf Zuschläge zu den Staatssteuern angewiesen zu sein, machen Sie die Städte finanziell unabhängig durch ein richtiges kommunales Besteuerungssystem, und an demselben Tage werden die indirekten Steuern in Fürtch befeitigt sein. Die Verifizierung kann ich Ihnen geben.

(Zuruf: Ich glaube es nicht.)

Ich füge noch bei, daß Herr Dr. Heim sehr wohl weiß, daß ich vom Opportunismus so wenig angehaucht bin, wie Herr Dr. Heim von höflichem Wesen. Uebrigens wird man wohl nach dieser Feststellung des Zusammenhangs zugeben müssen, daß die Ausführungen Dr. Heims im Reichstage, auf die er so bedeutenden Wert zu legen scheint, in gar keiner Weise gegen die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den indirekten Steuern und Zöllen ausgebeutet werden können.

Dr. Haller.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein österrischer Brausewetter. Großes Aufsehen erregt in Wien der Selbstmord des Vizepräsidenten des Wiener Landgerichts, Hofrats Ritter Holzinger v. Janaburg. Holzinger, der früher Staatsanwalt war, erschoss sich in seinem Bureau und wurde am Montag tot aufgefunden. Auf dem Tische fand man einen Zettel, auf welchem Holzinger folgende Worte geschrieben hatte: „Nachdem die Kertze mir vollständige Erblindung in Aussicht gestellt haben, ziehe ich es vor, in den Tod zu gehen, um diesem schrecklichen Risse zu entgehen. Ich bitte alle meine Freunde, mir ein gutes Andenken zu bewahren.“ Holzinger, der nach dem Ausflauchen der anarchistischen Bewegung in Oesterreich Präsident der Ausnahmegerichte war, leitete alle politischen und Pressprozesse der

lehten Zeit, ferner alle großen Verurteilungen mit äußerster Strenge. Er war Parteimann durch und durch und von der demokratischen Partei derartig gefürchtet und angefeindet, daß man nicht wagte, ihm nach dem Abgange des Präsidenten Graf Lamessa, das Präsidium des Landgerichtes zu übergeben. Man schuf daher für ihn den Posten eines ersten Vizepräsidenten mit dem Range eines Hofrates.

Holzinger war als Richter besonders durch seine Resümés be-rühmt. Er wußte stets, wenn er sich der Verteidigung gegenüber sch wächer fühlte, in den Resümés in formal tadellos objektiv erscheinender Weise sachlich neue Anlagemotive zu finden.

Protest gegen Wreschen.

In gemeinsamer Beratung der Obmänner aller galizischen Landtagsparteien wurde beschlossen, von einer besonderen Debatte über die Vorgänge in Wreschen Umgang zu nehmen und in der Budgetdebatte bloß zu erklären, daß sich der gesamte Landtag den am 10. Dezember im Reichsrat von Sprecher des Polenklubs Grafen Dzieduszycki vorgebrachten Bemerkungen an-schließen. Infolgedessen hat Fürst Czartorski im Namen des gesamten galizischen Landtages folgende Erklärung in der Landtags-Sitzung abgegeben:

Die Vorgänge in Wreschen, das an Grausamkeit grenzende Beispiel von Unbill und Bedrückung haben überall einen starken Widerhall gefunden, wo die Lösung „Gewalt geht vor Recht“ das menschliche Gefühl noch nicht erdrückt hat. Um so schmerzlicher und allgemeiner hat das polnische Volk diese Verfolgung empfinden müssen, dieses Volk, das, wie wohl politisch getrennt, nie aufgehört hat, eine geistige und nationale Einheit zu sein. Der Landtag schließt sich den Erklärungen des Grafen Dzieduszycki im Reichsrat an. Die Geschichte wird in dieser Sache entscheiden. Wir haben hierauf eine patriotische Antwort, verdoppelten Eifer und Ausdauer in der Arbeit für das Wieder-aufblühen, für die Stärkung unserer moralischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Kräfte sowie für die Festigung und Erweiterung unseres nationalen Bewußtseins. (Stürmischer Beifall.) —

Frankreich.

Die Parlamentarier finden, wie bereits mitgeteilt, im Mai 1902 statt. Die sozialistische Partei Frankreichs (Zoubs und Genossen) in den Departements Nord und Calais hatte der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten) den Vorschlag gemacht, bei den Wahlen gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Ueberall da, wo die Guesdisten in der Mehrzahl sind, wollten sie auf einen Sonder-kandidaten verzichten; nur dort, wo sie bei den letzten Generalwahlen ergebnislos geblieben, da, wo sie in der Majorität seien, sollte einer der ihrigen aufgestellt werden. Die Guesdisten haben durch den Genossen Delort, Bürgermeister von Lille und Sekretär der Nord-Föderation erklären lassen, daß sie in keinerlei Unterhandlungen mit den „Ministerialen“ eintreten würden. Sie lehnen es ab, weil trotz gegenteiliger Erklärungen die sozialistische Partei oder deren Führer nach wie vor „ministeriell“ seien. Die französische Arbeiterpartei hat, wie wir schon f. Bt. mitgeteilt, auf ihrem letzten Kongress den Beschluß gefaßt, in allen 500 Wahlkreisen des Landes eigene Kandidaten aufzustellen. Aus diesem Beschluß und aus obigen ist ersichtlich, daß man es in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen mit zwei sozialistischen Kandidaten, die sich gegenseitig auf das bestmögliche bekämpfen, zu thun haben wird. —

Zum Fall Milnerand. Amilcare Cipriani hatte im Oktober beantragt, Milnerand aus der sozialistischen Partei auszustoßen, weil er den Jansenisten beigegeben und einen russischen Orden angenommen hätte. Dieser Antrag wurde von der Gruppe Klement unterstügt, während Geraud-Richard einfache Tagesordnung verlangte. Das Generalkomitee bestimmte darauf, daß die verschiedenen Vorschläge allen Föderationen vorzulegen seien, damit das Wort über diese Frage den Ausdruck der gesamten sozialistischen Partei bilde. Nach Eingang der betreffenden Antworten wurde geteilt, wie dem „Berl. Tagbl.“ gemeldet wird, nach lebhafter Debatte die einfache Tagesordnung mit 27 gegen 16 Stimmen, bei 11 Stimmenthaltung, votiert. —

Italien.

Turati wiedergewählt. Turati, der belamlich vor mehreren Wochen infolge von Unstimmigkeiten innerhalb der sozialistischen Partei sein Mandat niedergelegt hatte, wurde mit 2657 von 2800 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Rußland.

Die Unterdrückung Finnlands. Die Finlandskaia Gasetta meldet: Am 20. d. M. wurde ein kaiserlicher Befehl erlassen, dem zufolge der Protest gegen das neue Statut über die Militärpflicht, der u. a. auch von mehreren Sozialbeamten unterschrieben worden ist, keine Folge belassen werden soll. — Ferner wird berichtet, bei Ernennungen für Posten allerhöchsten Vertrauens, falls es an entsprechenden Kandidaten unter den Eingeborenen mangelt, diese Posten mit Reichsangehörigen zu besetzen. — Der Hauptdirektor des Finländischen Postamtes Winter und der Hauptdirektor des Gefängniswesens Grippenberg wurden vom Dienste entbunden.

Die „Miyans Bureau“ aus Helsingfors meldet, ist das Erscheinen dreier Zeitungen in Finnland für immer verboten worden, bei sieben Zeitungen ist das Erscheinen auf die Zeit von einem bis fünf Monaten sistiert worden, zwei Zeitungen erhielten Verwarnungen. —

Amerika.

Die venezolanische Regierung giebt bekannt, daß der Insurgentenführer Mendoya bei La Puerta völlig geschlagen worden sei und die Stadt Oriz am 24. d. M. auf der Flucht und nur von 40 Anhängern begleitet berührt habe.

Zum chilenisch-argentinischen Konflikt. Die „Times“ berichten aus Valparaiso: Die Erregung hat hier nachgelassen, da bekannt geworden ist, daß der argentinische Geschäftsträger Portela nicht von den mit Chile getroffenen Vereinbarungen zurücktreten wird, wenn er überhaupt vorher die Absicht hatte es zu thun. Man nimmt an, daß Mißverständnisse bei den Verhandlungen vorliegen.

Die Washingtoner diplomatischen Kreise amtlich mitgeteilt worden ist, hat Argentinien seine Belagerung, dem am 25. Dezember unterzeichneten Protokoll beigetreten, zwar noch nicht amtlich notifiziert, jedoch sehe man die in nicht-formeller Form erhobenen Einwände des argentinischen Gesandten Portela gegen die Bestimmungen des Protokolls, welche von der Zurückziehung der Polizeitruppe aus Ultima Esperanza und dem Schiedspruch des Königs von England handeln, als eine ernste Gefährdung der Beilegung der Streitfrage an. —

Der Boeren-Krieg.

De Wet

entließ nach einer Meldung sämtliche 400 Gefangene, die er bei Tweefontein gemacht hatte. Nach der heute, Montag, vom Kriegsamt veröffentlichten Verlustliste beträgt die Zahl der bei Tweefontein verwundeten Mannschaften 60; gefallen sind von den Mannschaften 63, und ferner sind nach der Schlacht 4 Mann an ihren Wunden gestorben. Die Zahl der gefallenen Offiziere betrug nach früheren Meldungen 7, die der verwundeten Offiziere 9. Nach der Verlustliste des Kriegsamtes wären mehr Mannschaften getötet, als verwundet worden, ein schier unmögliches Verhältnis, zumal sonst im Feldzug die Zahl der Toten sich zu der der Verwundeten wie 1:3, 4 oder 5 verhält. Man darf also die Zahl der Toten und Verwundeten auf mindestens 200 veranschlagen.

Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern.

Nach in Haag eingegangenen Meldungen aus Südafrika hat die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern eine solche Höhe erreicht, daß, wenn keine Besserung eintritt, die ganze Boerenbevölkerung, soweit sie in den Lagern festgehalten wird, bis zum Juni ausgestorben sein dürfte.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen in Sachsen. Der erste Sozialdemokrat wurde in das Stadtverordneten-Kollegium in Mhlau gewählt. In Oberplanitz wurden trotz einer durch Klassenstellung vor-geschobenen Verschlechterung des Wahlrechts die sozialdemokratischen Kandidaten mit starken Majoritäten gewählt und zwar einer in der ersten und drei in der zweiten Klasse der Unausgewählten. Es sitzen jetzt schon sieben Sozialdemokraten in dem Kollegium, das heißt, es fehlen nur noch zwei an der Majorität. In Durlachsdorf wurden 1, in Döbwa 2 und in Cunewalde 5 Sozialdemokraten gewählt.

Ein Kongress der niederländischen sozialdemokratischen Gemeinderats-Mitglieder fand am 2. Weihnachtstagsfesttag zu Zwolle unter dem Vorsitz des Genossen Schaper statt. Zunächst beschäftigte sich der Kongress mit dem Antrag auf Errichtung eines Informationsbureaus für Gemeindepolitik, das den Zweck haben soll, den sozialdemokratischen Gemeindevorteilern und den Arbeiter-Wahlvereinen solcher Orte, wo noch keine Sozialdemokraten im Gemeinderat sitzen, über alle die Gemeindepolitik betreffenden Fragen Aufklärung zu bieten. — Seitens des „Sozialdemokratischen Studentenklub“ wurde dem Kongress ein Bericht über die Organisation der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler vorgelegt, die bereits vor längerer Zeit ein derartiges Kontrollbureau errichtet haben, bei dem im vorigen Jahr allein über 400 Gesuche um Aufklärung zu erledigen waren. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen und als Sitz des Bureaus Amsterdam bestimmt. Bei der Leitung wurden die Genossen Ankersmit, Tol und Vooght be-traut. — Ferner wurde eine Kommission von 7 Personen, einschließ-lich der Mitglieder der Informationsbureaus, gewählt, die die Vorarbeiten für die Gründung eines „Bundes der sozialdemokratischen Gemeinderats-Mitglieder“ vor-zurichten soll. Außerdem soll diese Kommission auch dafür sorgen, daß mit „Het Volk“ eine periodisch erscheinende Zeitschrift herausgegeben wird, die sich ausschließlich mit den Fragen der Gemeindepolitik befaßt. —

Partei-Presse. „Le Mouvement socialiste“, die sozialistische Zeitschrift, welche bisher 14tägig erschien, wird vom 1. Januar ab wöchentlich und in vergrößertem Format herausgegeben werden. Die Redaktion dieser Revue, die nunmehr drei Jahre besteht, hat sich die Aufgabe gestellt, unabhängig von den beiden Hauptgruppen der französischen Sozialdemokraten der sozialistischen Agitation und Aufklärung zu dienen. Der Leiter der Redaktion ist der Genosse Hubert Lagardelle; herausgegeben wird die Schrift von der Société Nouvelle de Librairie et d'Édition, 17 Rue Coujas, Paris.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Arbeitslos.

Es gewinnt fast den Anschein, als ob die mecklenburgischen Behörden auch zu denen gehören, denen die Zeitung „Arbeitslos“ eine willkommene Weihnachtsgabe sein sollte und trotz aller Beschlagnahme auch vielfach noch geworden ist. Denn nirgends haben sich die Behörden mit solcher Hingebung der Aufführung dieser Blätter gewidmet wie in Mecklenburg. Alles, was im mecklenburgischen Lande nur entfernt auf den Namen einer Antiseperson Anspruch erheben kann, scheint Anweisung gehabt zu haben, die offenbar im Uebermaß vorhandene freie Zeit auf die Jagd nach der „Weihnachts-Zeitung“ zu verwenden.

Zwei lustige Stücken von dieser Jagd erzählt jetzt wieder unser Moskauer Parteiblatt. Während der Weihnachtstagsfeier verbreiteten die mecklenburgischen Genossen ihren Landagitations-Kalender. In einem Orte wurden die Kalenderverleiher von einem Manne angehalten, der ein Ortsinspektor zu sein schien. Dieser erklärte den Genossen, ihm sei amtlich Mitteilung geworden, daß der Kalender an diesem Tage verbreitet wird und er habe den Auftrag, darauf zu achten, daß nicht etwa die Weihnachtszeitung „Arbeitslos“ verteilt würde. Die Parteigenossen konnten das dringende Verlangen des Mannes nach der Zeitung der Arbeitslosen nicht befriedigen; sie hatten keine.

In einem andern Orte kam ein Vertreter des Kalenders in die Wohnung des Schulzen. Dieser lud ihn höflichst ein, Platz zu nehmen, und trante dann mit all seiner Umständlichkeit ein Schreiben hervor, das er wiederholt als amtliches Schriftstück bezeichnete. Er erklärte sich auf Grund des Inhalts dieses Schreibens für verpflichtet, sämtliche Druckfächer, welche unter Freund etwa bei sich habe, zu beschlagnahmen! Unser Genosse ließ sich das amtliche Schriftstück zeigen und deutete dem Schulzen dessen wahren Wortlaut an. Danach sollte der Schulze nur Jagd nach der Weihnachts-Zeitung „Arbeitslos“ machen. Der Schulze ließ sich belehren und unser Parteigenosse, der ja kein Exemplar der Zeitung bei sich führte, konnte dann ungestört seine Kalender verbreiten.

Wir ersehen Abtrünn aus dieser gewaltigen Aktion mit Freude, welche Ausdehnung die sozialdemokratische Bewegung in Mecklenburg schon gewonnen hat.

Nach die reichsländischen Behörden haben auf der Jagd nach dieser ausreizenden Zeitung allerlei Hindernisse entfaltet. So wurde bei einem Parteigenossen in Colmar eine Hausdurchsuchung durch den Polizei-Inspektor und einen Wachtmeister so früh vorgenommen, daß der Bedausuchte aus dem Bett gejagt wurde. Die Suche war zwar erfolglos, aber das Interessante an der Sache sind auch mehr die begleitenden Umstände.

Von der Redaktion unseres Strahburger Parteiblattes war an den erwählten Parteigenossen ein Brief geschrieben worden, in dem von der Weihnachts-Zeitung die Rede war. Dieser Brief gelangte nicht in die Hände des Adressaten. Wohl aber gelangte er in die Hände der Polizei, wurde von dieser geöffnet und auf Grund des Briefes wurde die Durchsuchung vorgenommen! Es entsteht die Frage, auf welche Weise die Polizei in den Besitz des der Reichspost übergebenen Briefes gelangt ist und wo sie das Recht herleitete, den Brief zu öffnen!

Die „Weihnachts-Zeitung“ scheint Anlaß zu geben, die Rechts-sicherheit in ganz Deutschland einmal auf Herz und Nieren zu prüfen.

Aus Industrie und Handel.

Der Verband der Glasarbeiter teilt uns mit, daß unsere Bemerkungen zu dem Geschäftsbericht der Geresheimer Glasbläserwerke vom 1. d. H. in Düsseldorf von der irrigen Voraussetzung ausgehen, daß bei dieser Firma der Ausbruch des Streiks am 1. August 1900 erfolgte. Die Differenzen begannen bei der Firma Hehe in Rieburg und Schauenstein und dauerte hier der Streik bis zum 17. September dieses Jahres. Die Firma Hehe hat mit der Aktiengesellschaft Geresheimer Glasbläserwerke nichts zu thun, von dem Streik wurde die Geresheimer Hütte nur durch den 7 Wochen währenden Generalstreik in Mitleidenschaft gezogen. Insofern ist unsere kritische Besprechung über die Wirkung des Streiks, die durch eine Verwechslung der Firmen entstanden ist, hin-fällig. Der Verband der Glasarbeiter bemerkt zu der erhöhten Leistung, die der Geschäftsbericht der Gesellschaft angiebt, der Direktor der Geresheimer Hütte habe seiner Zeit der Organisation die Anerkennung gezollt, daß so lange die Arbeiter dem Verband angehören, die Arbeitsleistung eine viel regelmäßiger und intensiver ist. Damit dürfte sich auch der Umfang der Hütte trotz des zwei Monate währenden Streikstandes infolge des Generalstreiks erklären.

Die Generalversammlung der „Aktiengesellschaft für Glasindustrie vormals Friedrich Siemens“, in der 39 Aktionäre

mit 3000 Stimmen vertreten waren, beschloß mit 3000 Stimmen gegen 210 Stimmen, den Vorstand zu ermächtigen, die Ballenbarer Aktiengesellschaft zu den bekannt gegebenen Bedingungen zu erwerben, und genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um eine Million Mark sowie die Ausgabe von sechs Millionen Mark Schuldverschreibungen.

Gegen das Kohlenhindernis. Die vorgestern stattgehabten Beratungen von Vertretern großer Kiefernfirmen und Kohlen-Großhändlern aus Mainz, Mannheim und Frankfurt a. M., welche mit dem Kohlenhindernis in Geschäftsverbindung stehen, führten, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, zu der erstrebten Bildung einer Vereinigung.

Eine neue Organisation der Holzerer und Rohrumhüller Deutschlands.

Von Seiten des Vertrauensmannes der Berliner Holzer- und Rohrumhüller-Organisation, Westphal, war zum Sonntag ein allgemeiner Kongress der Holzerer und Rohrumhüller nach Hannover einberufen und zwar, wie es in dem Aufrufe hieß, auf Erträgen der Organisationen in Berlin, Celle und Hamburg. Die Erledigung der üblichen und notwendigen Formalitäten waren dem Vertrauensmann der Metallarbeiter-Gewerkschaft in Hannover übertragen, dieser hatte aber nicht für die polizeiliche Anmeldung Sorge getragen, was namentlich den Hamburger Delegierten Veranlassung gab, gegen die Abhaltung des Kongresses überhaupt zu protestieren. Anwesend waren 12 Delegierte aus Berlin, Celle, Hamburg und Hannover. Da die Hamburger protestierten und die übrigen im unklaren darüber zu sein schienen, was nun in der fatalen Situation zu machen sei, so unterblieb die Abhaltung des Kongresses. Die Delegierten besuchten dann eine nach dem „Ballhof“ einberufene öffentliche Versammlung der Holzerer von Hannover und Umgebung, um in dieser Versammlung die Gründung zu vollziehen. In der unter dem Vorsitz von Westphal in Berlin abgehaltenen Versammlung garteten nun die Vertrauensleute der Holzerer und Rohrumhüller der übrigen Städte sich ebenso wie die Hamburger Kollegen dem Metallarbeiter-Verbande oder dem Fabrikarbeiter-Verbande anzuschließen hatten. Auch mehrere Angehörige der beiden benannten Verbände aus Hannover schlossen sich den Ausführungen der Hamburger an, während andre wieder der Spezialorganisation der Holzerer zustimmten. Nach stundenlangen Auseinandersetzungen gelangte dann mit 22 gegen 4 Stimmen folgende „Resolution“ zur Annahme: „Die am 29. Dezember im „Ballhof“ tagende öffentliche Versammlung der Holzerer und Rohrumhüller Hannovers, an welcher Delegierte aus Berlin, Celle und Hamburg teilgenommen haben, beschließt: eine „Vereinigung der Holzerer und Rohrumhüller Deutschlands“ zu gründen und verpflichtet sich, mit allen Mitteln dafür einzutreten und zu agitieren. Auch jedem Kollegen, der sich auf Montage befindet, wird die Beachtung dieses Beschlusses nach besonders zur Pflicht gemacht.“

Es wurden dann Hof, Dirling und Schröder als provisorischer Vorstand bestimmt und ihnen aufgegeben, demnächst eine Versammlung einzuberufen, die das vorzulegende Statut zu genehmigen hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Kaskieren in den Zahlstellen nur bis zum 25. Januar fortzusetzen, später werden Beiträge nur im Bureau in Empfang genommen. Es liegt im Interesse der Mitglieder, die Beiträge bald zu entrichten, damit dieselben bei Ausfertigung der neuen Mitgliedsbücher ihre alte Buchnummer behalten.

Deutsches Reich.

Zur Einführung des neuen Buchdrucker-Tarifs. In Erfurt wird der Tarif von zwei Firmen (darunter Reichshaus u. Comp.) ohne alle Einschränkung anerkannt, eine Firma (Richter) hat sich die schriftliche Anerkennung vorbehalten, zahl aber den Tarif. Ganz ablehnend verhält sich nur die Firma Wellendorf; alle übrigen Firmen behalten sich, soweit bis jetzt bekannt, keine Modifikationen vor (eine von ihnen bewilligt den Verbandsmitglied die Forderungen, auf weiteres geht sie nicht ein). Die Gehilfen sind mit den gewordenen Auskünften nicht zufrieden, sondern verlangen Anerkennung des Tarifs im ganzen Umfange und schriftliche Unterfertigung desselben. — In Karlsruhe scheint der neue Tarif großen Schwierigkeiten nicht zu begegnen. — Nur ein Prinzipal, Herr Dr. Knittel, der Inhaber der Braunschweiger Hofbuchdruckerei, Drucker des Regierungsblattes, der „Karlsruher Zeitung“, und vieler sonstiger behördlicher Arbeiten, soll sich vorläufig ablehnend verhalten wollen, weil er bei den maßgebenden Behörden kein Verständnis für eine Erhöhung der Druckpreise finde (1) und ihm eine Arbeit, die Herstellung der Druckarbeiten für die erste Kammer, von einer andern Firma weggeschleppt worden ist. Angesichts der schon seit etlichen Jahren insoweit einer von der Kammer der Regierung empfehlend überwiesenen Petition geübten Praxis, behördliche Arbeiten nur in tariffreien Druckereien herstellen zu lassen, die auch von den städtischen Behörden acceptiert wurde, und angesichts des geschlossenen Eintretens der Gehilfenschaft für den neuen Tarif wird ja Herr Dr. Knittel es sich noch überlegen müssen, ob er es auf einen Kampf wird ankommen lassen.

Für die bereits über Tarif bezahlten Gehilfen soll gleichfalls eine Lohnerhöhung von 2 M. gefordert werden. Die Regelung des paritätischen Arbeitsnachweises wurde dem Vorstand des Octovereins überwiesen. — Sonst liegt uns noch eine Nachricht vor aus Hufm., wo die Löhne um 1 M. und 1,50 M. erhöht werden und andererseits in einer Druckerei eine Verkürzung der Arbeitszeit zu stande kommt.

Wegen des Solinger Scherenschleifer-Streiks fand am Sonntag unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Lukas eine Konferenz statt, an welcher außer je drei Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Centralkomitees der Arbeiter und des Fabrikantenvereins teilnahmen.

Sociales.

Die Zahl der jugendlichen Fabrikarbeiter in Deutschland hat sich nach den Mitteilungen der Vierteljahrshefte zur Reichsstatistik von 1899 zu 1900 bedeutend vermehrt. Sie wuchs in diesem Jahre von 295 145 auf 334 847, also um fast 40 000 oder beinahe 14 Proz. Dabei hat sich auch die Zahl der unglücklichen Kinder in noch weit stärkerem Maße vermehrt, die durch die Mangelhaftigkeit der Gewerbe-Ordnung und durch die in einigen Teilen Deutschlands noch bestehenden ungenügenden Schulpflicht schon vor dem 14. Lebensjahre in das Joch der Fabrikarbeit gespannt werden. Solcher Kinder gab es im Jahre 1899 7409 und im Jahre 1900 9347, so daß ihre Zahl sich um fast 25 Proz. vermehrte.

In solchem Maße hat sich die Zahl der Fabrikarbeiter im allgemeinen nicht entfernt vermehrt.

Ueber die Begebung von Darlehen zum Wohnungsbau hat der Vorstand der Versicherungskasse Hesse-Rassau beschlossen:

Für die Folge von den zur Kapitalanlage verfügbaren Beständen bis zu 1/3 derselben, jedoch nicht über 750 000 M. jährlich, als Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen bereitzustellen, und von der zu diesem Zwecke auszuwerfenden Summe bis zu 1/3 den gemeinnützigen Bauvereinen zuzuwenden, den Rest zum Zwecke des Baues von Wohnhäusern einzelner Arbeiter bereitzustellen. Bei der Verwahrung von Darlehen für Arbeiterwohnungen regelmäßig an einer

Amortisationsquote von 1 1/2 Proz. jährlich festzuhalten, die übrigen, früher beschlossenen Bedingungen aber beizubehalten, wonach sich der Zinsfuß von 3 Proz. auf 3 1/2 Proz. erhöht, sobald die einer Bauvereinsgesellschaft bewilligten Darlehen insgesamt den Betrag von 500 000 M. übersteigen. Für die Folge einzelnen Bauvereinen regelmäßig keinen höheren Betrag als 30 000 M. jährlich in Aussicht zu stellen, sofern es sich nicht um erstmalige Bewilligungen handelt. An einzelne Arbeiter, welche dauernd bei der Kasse versichert sind, werden Darlehen zum Zwecke der Errichtung eigener Wohnhäuser nur dann gewährt, wenn eine gemeinnützige Bauvereinsgesellschaft, ein Kassenmitglied oder ein sonstiger gemeinnütziger Verein die selbstschuldnerische Bürgschaft für die Sicherheit des Kapitals, sowie für die ordnungsmäßige Zahlung der Zinsen und Abträge und die Vermittlung des gesamten Geschäftsverkehrs (Darlehnsanmeldung, Hypothekenselbststellung, Kapitalauszahlung, Leistung der 1/2-jährigen Zahlung an Zinsen und Abträge etc.), sowie die Verpflichtung zur unentgeltlichen Überwachung der verpfändeten Gebäude etc. übernimmt. Arbeiterwohnungen im abgeschätzten Werte von mehr als 9000 M. sind von der Beilehung regelmäßig ausgeschlossen und sind die in Einzelfälle zu behebenden Darlehen auf eine regelmäßige Höchstgrenze von 4500 M. bestimmt.

Die niederländische „Socialdemokratische Lehrer-Vereinigung“ hielt am 26. Dezember zu Utrecht ihren 12. Kongress ab. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete eine von der Abteilung zu Amsterdam vorgelegte Resolution gegen die staatlich subventionierten sogenannten freien Schulen und für die Aufnahme der Forderung einer allgemeinen Staatsschule, neutral in religiöser und politischer Hinsicht, in das Programm der Organisation. Ferner wurde verlangt, daß der Hauptvorstand einen dahingehenden Antrag auf dem nächsten socialdemokratischen Parteitag stelle. — Viele unter niederländischen Parteigenossen haben sich principiell gegen die staatliche Zwangsschule und für die freie Schule ausgesprochen. So auch die Redaktion von „Het Volk“, die die beantragte Resolution, die bereits vor einigen Wochen veröffentlicht wurde, als reaktionär bezeichnet. Sie beruft sich unter anderem auf Marx, der in seiner Kritik des Gorkhaer Programms die Volkserziehung durch den Staat für verwerflich erklärt. Dagegen verweisen die Anhänger der staatlichen Zwangsschule auf das deutsche und österreichische Parteiprogramm, und führen unter anderem an, daß die freien Schulen in Holland sich hauptsächlich in Händen von Religionsgemeinschaften befinden, ihre Unterstützung durch den Staat eine Unterstützung religiöser Zwecke darstelle und schon deshalb zu verwerfen sei. — Die Resolution wurde nach längerer Debatte mit 17 Stimmen gegen 11, bei 6 Stimmenthaltungen angenommen, jedoch mit der Abänderung, daß von einem förmlichen Antrag auf dem Parteitag Abstand genommen wird, es aber als Pflicht der niederländischen Socialdemokratie erklärt wird, jede weitere Subventionierung der freien Schulen abzulehnen und im Prinzip für die allgemein verpflichtende Volksschule zu sein. Ob es aus tatsächlichen Gründen notwendig ist, sich vorläufig mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden zu geben, das zu beurteilen wird der Partei überlassen. — Des weiteren wurde beschlossen, eine Flugchrift gegen die freien Schulen herauszugeben. Als Hauptvorstand wurden gewählt: E. Wijker, J. C. Ceton und Jac. Janen; als Redacteurs des „Volksonderwijzer“: Jander, Jansen und Ceton; als Administrator: B. Jander, Amsterdam, Nieuwenburgerstraat 191 a. —

Die „Socialdemokratische Onderwijzersvereniging“, die eine Gruppe im „Bond van Nederlandsche Onderwijzers“ bildet, zählt jetzt 153 Mitglieder. —

Frauenarbeit und Kindersterblichkeit.

Interessant ist eine Tabelle, die Dr. G. Reid nach der Zahl der in den Fabriken von Städten in Staffordshire beschäftigten Frauen und der jährlichen Kindersterblichkeit in diesen Städten mitteilt.

Bei der Arbeit sind beschäftigt	Viele	Weniger	Frauen
Bevölkerung nach der Fählung von 1901 in Städten mit Einwohnern:	147 281	108 955	182 864
Kinder unter 1 Jahre starben auf 1000 Geburten, 1881—1890:	195	166	152
1891—1900:	211	177	167

Es fand demnach eine allgemeine Zunahme der Kindersterblichkeit im letzten Decennium statt. Zwischen den einzelnen Gruppen von Städten hat sich aber daselbe relative Verhältnis in Bezug auf die Kindersterblichkeit im letzten wie im vorletzten Jahrzehnt erhalten; je weniger Frauen beschäftigt wurden, um so geringer war die Mortalitätsziffer der Kinder.

Dr. Reid plädiert für eine Beschränkung der Frauenarbeit wenigstens soweit, daß die Mutter 3 Monate nach der Entbindung erst zur Arbeit zugelassen werden darf.

Aus der Frauenbewegung.

Verächtigung.

In ihrer Besprechung meines Buchs „Die Frauenfrage“ sagt Frau Wally Jopler zum Schluß: „Wie ist es möglich, daß Frau Braun in dem Kapitel über die Arbeiterinnenbewegung Namen wie die einer Klara Jettin, Emma Jäger und anderer erwähnen läßt?“ Demgegenüber verweise ich auf die Seiten 434, 452 und 457, wo ich die beiden genannten Genossinnen teils in ihren Schriften citiere, teils ihrer Tätigkeit als Leiterinnen der Zeitungen „Die Arbeiterin“ resp. „Die Gleichheit“ gedenke. Zusammenfassend gebe ich mein Urteil über die socialdemokratischen Agitatoreninnen, — die ich ebenso wenig alle einzeln aufzählen konnte, wie ich die bürgerlichen Rednerinnen aufgezählt habe, ab, indem ich von ihrem „oft von wahrhaft apostolischer Begeisterung für ihre Sache erfüllten Geist“ spreche. — ein Lob, das in einem von persönlichem Lob oder Tadel sich sonst gleich fern haltenden Buch doppelt schwer wiegt. Daß ich auch nur etwas amüßend Ähnliches einer bürgerlichen Agitatorin gegenüber aussprach, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil niemand neben der in ihren Grenzen angelernten Berechtigung der bürgerlichen Frauenbewegung ihre Unzulänglichkeit, ihr halbes Wesen und ihr unkluges Verhalten scharfer kritisiert hat als ich in meinem Buche. In allem übrigen liegt die größte Bedeutung gerade der in der Partei hervorragenden tätigen Frauen auf politischem Gebiet, das ich in meinem Buche nur insoweit streifte, als es zum allgemeinen Verständnis nötig war, während seine eingehende Darstellung, wie ich es schon in meiner Vorrede ausgesprochen habe, dem folgenden Bande vorbehalten bleibt.

Lily Braun.

Versammlungen.

Eine Protest-Versammlung der Steinfeger, einberufen von den Gesellenauschüssen der Innungen in Berlin, Steglitz, Potsdam und Eberswalde, tagte am Sonntag im Nimmanschen Lokale. Dieselbe war von ca. 500 Mann besucht; angesichts der vollständigen und schon seit Mitte November anhaltenden Arbeitslosigkeit eine stattliche Zahl. Es handelte sich, wie der Berliner Gesellenauschuss verrietete, in der Hauptsache darum, daß die Berliner Innung beschlossen hat, den Minimallohn von 75 auf 70 Pf. herabzusetzen und die Klassenlöhne wieder einzuführen. Weiter soll auch das Höchstlohn innerhalb des Rahmens der Stadt- und Ringbahn — pro Tag 15 Pf. — nicht mehr gezahlt werden. Die übrigen Innungen haben sich, soweit sie im zweimöchigen Umkreise um Berlin in Frage kommen, diesem Beschluß angeschlossen. Seitens der Steinfeger waren neue Forderungen nicht gestellt, sondern nur die Verlängerung des jetzt gültigen Tarifs bis zum 31. März 1904 beantragt worden. Seitens der vereinigten Gesellenauschüsse wurde eine Protestresolution empfohlen, welche zur einstimmigen Annahme gelangte. In derselben protestierten die Versammelten gegen das arbeiterfeindliche und volkswirtschaftlich-schädliche Treiben einer Anzahl Mitglieder der Berliner Steinfeger-Innung. Insbesondere protestierten sie gegen die geplante direkte Lohnherabsetzung. Die Versammlung erklärte

die diesbezüglichen Beschlüsse der Berliner Steinfeger-Innung und aller übrigen daran beteiligten Innungen für um so verwerflicher, als die Mitglieder dieser Innungen, insbesondere der Berliner Steinfeger-Innung, infolge des 1899er Streiks sich eine Preisermäßigung und damit eine Erhöhung ihres Profits verschafft haben, die weit hinausgeht über das Maß dessen, was die Arbeiterschaft an Vorteilen durch den Streik errungen hat, und weiter zu einer Lohnherabsetzung leimerlei Ursache vorhanden ist, da ja die Mitglieder der resp. Innungen durchaus nicht nötig haben, und vor allen Dingen ja gar nicht daran denken, die durch die geplante Lohnherabsetzung zu erwartende Ersparnis an Löhnen durch eine Herabsetzung der Preise auszugleichen, mithin die Lohnherabsetzung nur den Zweck haben kann und soll, den einzelnen Unternehmern den durch die ungünstige Konjunktur zu erwartenden Ausfall an Einnahmen durch eine „Ersparnis“ an Lohn zu deden, d. h. also, daß die Mitglieder genannter Innungen, soweit sie sich dem Vorgehen der Berliner Innung anschließen, sich in Zeiten der ungünstigen Konjunktur noch besonders auf Kosten der Arbeiter bereichern wollen! — Die Versammlung protestierte aber auch deshalb gegen diesen Beschluß der Berliner Steinfeger-Innung, weil derselbe für eine ganze Anzahl derselben angehöriger Firmen ungültig ist, da diese durch Einzelverträge mit dem Gesellenauschuss noch bis 31. März 1903 an den bisherigen Lohnstarif gebunden sind, und die Steinfeger keineswegs gewillt sind, diese Firmen von den Verträgen zu entbinden. Sollten jedoch diese Firmen einseitig von den abgeschlossenen Verträgen zurücktreten, also Vertragsbrüchig werden wollen, so werden die zuständigen Organisationsvorstände der Steinfeger usw. beauftragt, gemeinsam mit den Gesellenauschüssen folgende Abwehrmaßregeln zu ergreifen: 1. Gewerbe- und innungsrichtiger gerichtliche Entscheidung in allen Einzelfällen herbeizuführen, in denen die durch Vertrag noch auf ein Jahr gebundenen Firmen sich weigern, den bisherigen Lohnstarif anzuerkennen; (in allen diesen Fällen ist nach Bedarf Rechtschutz zu gewähren); 2. Verhandlungen mit den einzelnen Firmen anzubahnen unter Beiseitelegung der resp. Innungen; 3. Sofort eine Denkschrift auszuarbeiten und an sämtliche Gemeinde- und sonstige Behörden in Berlin und sämtlichen Vororten einzusenden, in welcher unter Klarlegung der ganzen Verhältnisse, insbesondere unter Zugrundelegung des von den Steinfegermeistern vereinbarten Preisverzeichnisses darum ersucht werden soll, nur solche Steinfegermeister zur Ausübung öffentlicher Arbeiten zuzulassen, welche den Nachweis führen können, daß sie sich bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der Arbeiterschaft, bezw. deren gesetzlicher Vertretung, den Gesellenauschüssen oder Gewerkschaftsvorständen, geeinigt haben. 4. Für den Fall, daß eine Einigung mit den Unternehmern des Steinfegergewerbes nicht zu stande kommt, soll ein erneutes Ansuchen an die vorkehend genannten Behörden betr. Einführung der Regie-Arbeit unter Einziehung der Arbeiterorganisationen oder direkte Uebergabe von Arbeiten zur Ausführung an letztere zur genossenschaftlichen Ausführung gerichtet werden. In letzterem Falle ist die Gewerkschaft der Steinfeger usw. bereit, eine Anzahl von Genossenschaften mit dem nötigen Betriebskapital zu stellen. Des weiteren erklärte die Versammlung: Sollten die Innungen auf ihren eine Lohnherabsetzung involvierenden Beschlüssen bestehen bleiben und es deshalb zum Kampf kommen, daß sich die Steinfeger dann eventuell die Aufstellung weitergehender Forderungen vorbehalten.

Die Resolution soll sowohl den Innungsvorständen, als auch den einzelnen Innungsmittgliedern durch die Gesellenauschüsse zugesandt werden. Erfolgt bis zum 25. Januar 1902 die Aufhebung des Innungsbeschlusses nicht, dann haben die Gesellenauschüsse alle weiteren Maßnahmen sofort einzuleiten. Die Renoual des Gesellenauschusses ergab die Wiederwahl des bisherigen Obmannes Peter, als Vizepräsident Schwebbs, Lutter und als Stellvertreter Stiehl. Als Revisor für den lokalen Streikfonds wurde Schommary gewählt.

Die Reichstags-Stichwahl in Wittenberg

Die gestern stattfand, hat mit einer Niederlage des Prot-wuchers geendet:

Wir erhalten folgendes Privattelegramm: **Wittenberg, 30. Dezember, 10 Uhr abends.** In der heute stattgefundenen Reichstags-Erfay-Stichwahl erhielten Dr. Barth (fr. Bg.) 8746 und Rittergutsbesitzer v. Leipziger (L.) 7739 Stimmen.

Wiewohl noch eine Anzahl ländlicher Wahlbezirke ausstehen, gilt die Wahl Dr. Barths (fr. Bg.) als gesichert.

Wolfs Telegraphen-Bureau meldet: Bisher wurden gezählt für Dr. Barth (fr. Bg.) 8720, für v. Leipziger (L.) 7893 Stimmen. Die Ergebnisse aus 40 Wahlbezirken stehen noch aus.

In der Reichstags-Erfaywahl am 30. Dezember erhielten Landtags-Abgeordneter v. Leipziger (L.) 8045, Landtags-Abgeordneter Dr. Barth (fr. Bg.) 6644 und Mohrlad (Soz.) 2048 Stimmen.

Im Jahre 1898 siegte in der Stichwahl der Kandidat der freisinnigen Vereinigung mit 8713 Stimmen gegen den konservativen Kandidaten, auf welchen 7829 Stimmen entfielen.

Trife Nachrichten und Depeschen.

Jugendleistung.

Adm., 30. Dezember. (W. T. G.) Heute mittag entgleiste zwischen Witten und Beydorf der Schnellzug 81 Witten—Köln. Der Materialschaden ist anscheinend bedeutend. Personen sind nicht verletzt.

Arefeld, 30. Dezember. (W. T. G.) Im Walde bei Rebeleer wurde der Jagdauffeher Thiele mit durchschütteltem Halse aufgefunden. Zwei Wilderer wurden als der That verdächtig verhaftet.

Internationale Konferenz.

Brüssel, 30. Dezember. (N. P. G.) Das internationale socialistische Bureau hat seine erste Sitzung heute vormittag im Volkshaus in Brüssel unter dem Vorsitz von Vandervelde abgehalten. Vertreten waren: England, Frankreich, Deutschland, Holland, Polen, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Belgien und die Republik Argentinien. Ihre Zustimmung sandten: Italien, Dänemark, Oesterreich, Spanien. Der folgende Antrag, von Kautsky gestellt, wurde einstimmig angenommen: Das socialistische internationale Bureau protestiert gegen die Germanisierung Preussisch-Polens und gegen die barbarischen Thaten der Engländer in Transvaal.

Schändliches Verbrechen.

Charlow, 30. Dezember. (W. T. G.) Auf der Anfahrtsbahn ist ein schreckliches Verbrechen verübt worden. In einem Waggengange fuhr ein Kassenbeamter, der 30 000 Mark mit sich führte. Auf einer Umfriege-Station stieg derselbe zu seiner Perestroemung auf die Lokomotive und blieb alldann verschwinden. Alle Nachforschungen blieben erfolglos; schließlich fand man beim Umrühren der Kohlen in der Lokomotivheizung ein Stück von einer menschlichen Ferse. Der Maschinist und der Heizer hatten den Kassenbeamten erkannt und ihn dann lebend in die Lokomotivheizung geworfen und verbrannt.

Momentbilder

aus der Berliner Arbeiterbewegung des Jahres 1901.

Das vollendete Jahr 1901 brachte dem Proletariate Groß-Berlins wiederum schwere Kämpfe und harte Prüfungen in verschiedenster Gestalt, doch als Lohn auch manchen Erfolg, der Kunde von den Fortschritten unserer Bewegung gab. Als Vorzeichen in der Jahresgeschichte seien hier kurz einige Daten angeführt.

Jänner

wurde der am 28. Dezember v. J. verstorbene Genosse des vierten Wahlkreises (Osten) August Fink von seinen treuen Mitkämpfern nach dem Aufstiegsstiege in Weihensee zu Grabe geleitet.

Das parlamentarische Leben wurde nach kurzer Unterbrechung am 8. d. M. wieder aufgenommen, indem an diesem Tage Reichstag wie Landtag wieder eröffnet wurden. Allgemein waltete auch die Justiz wieder ihres Amtes. Wegen Verleumdung eines großherzoglich mecklenburgischen Polizisten durch die Presse angeklagt, wurde am 12. d. M. der Redakteur Paul John („Vorwärts“) zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt und am 17. d. M. der Tischlergeselle Köhler wegen Streiftvergehen („Rötigung“, wie die Anklage besagte) mit 50 M. Geldstrafe belegt.

Die 10. Wiederkehr ihres Gründungstages feierte die Arbeiter-Bildungsschule am 19. d. M. in ihrem Gedächtnis an den Stifter und Förderer derselben, Wilhelm Liebknecht, im Wilmerschen Brauhause.

Das erste größere Ereignis auf gewerkschaftlichem Gebiete war die Konferenz der in Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen der Provinz Brandenburg, welche am 20. d. M. im Gewerkschaftshause zusammentrat.

Am 21. d. M. folgte dieser eine von dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande ebenfalls nach dem Gewerkschaftshause einberufene Versammlung arbeitsloser Metallarbeiter.

In dem gleichen Tage starb im Krankenhaus am Urban ein alter Parteigenosse, der Schankwirt und frühere Cigarrenarbeiter Karl Schönheim.

Die am 22. d. M. bei Keller (Koppenstraße) abgehaltene Volksversammlung galt vornehmlich den Forderungen der Frauenagitation. In derselben sprach Frau Alara Jettin-Stuttgart über das Thema: „Was fordern die Mütter und Frauen von der Gemeinde?“

Den gleichen Zwecken diente im Monat

Februar

die Volksversammlung, welche am 6. in Nizdorf abgehalten wurde, in welcher Genossin Steinbach-Hamburg über Socialreform und Protowucher referierte.

Die Verleumdung eines Autobesizers durch die Presse wurde am 11. an dem Redakteur des „Vorwärts“ Hugo Bösch durch eine Geldstrafe von 30 M. geahndet.

Eine große Protestkundgebung gegen die geplante Erhöhung der Getreidezölle wurde am 13. durch gleichzeitige Abhaltung von 26 Volksversammlungen in Berlin und der Umgegend veranstaltet. — In demselben Tage fand in Lichtenberg Gemeindevertreterwahl statt.

Der 16. brachte dem Redakteur Hornidel („Neues Leben“) eine Geldstrafe in Höhe von 100 M. wegen Beamteneileidung.

Den Reigen der Ereignisse im Monat

März

eröffnete gleichfalls eine gerichtliche Verurteilung wegen Beamteneileidung. Diesmal war es Genosse Litfin, welcher am 6. wegen Verleumdung eines königlich preussischen Gendarmen mit einer Geldstrafe in Höhe von 30 M. bestraft wurde.

Am 10. traten zwei gewerkschaftliche Konferenzen in Berlin zusammen: eine Konferenz der durch Vertrauensmänner centralisirten Zimmerer Deutschlands, sowie eine Konferenz sämtlicher Abstellstellen des Centralverbandes der Maurer der Provinz Brandenburg (Gewerkschaftshaus).

Am 16. schied ein braver Parteigenosse, der Zimmerer August Gruse, aus dieser schönen Welt. Die Leerdigung erfolgte am 20. auf dem Friedhofe der Marienbismarck-Gemeinde bei Falkenberg. Wegen Richterbeleidigung hatte sich ferner am 16. Genosse Ljenski vor einem hohen Gerichtshof zu verantworten. Das Verdict lautete: 300 M. Geldstrafe.

Der 18. brachte die Märzfeier in der üblichen Weise. — Am gleichen Tage fand in Lichtenberg die Ersatzwahl zur Gemeindevertretung statt, während in Berlin die Aussperrung der Fabrikfabrikanten ihren Anfang nahm.

Dem § 158 der Gewerbe-Ordnung fielen am 26. der Maurer Krauslopf und der Schlosser v. Bräunski zum Opfer. Beide wurden zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Monat

April

eröffnete sich im allgemeinen als still und ruhig.

Der 7. und 8. brachte das Osterfest; nachdem sich nur zwei Ereignisse von Bedeutung zu verzeichnen: Am 21. trat eine Konferenz der Schneider in Berlin zusammen und am 23. tagte bei Keller in der Koppenstraße eine Volksversammlung, in welcher Frau Alara Jettin (Stuttgart) Vortrag über: „Die Frauen in der russischen revolutionären und Arbeiterbewegung“ hielt.

Der erste

Mai

welcher auf einen Mittwoch fiel, brachte die Raiffeiler der Arbeiter; welche vielfache Aussperrungen zur Folge hatte.

Der Monat Mai brachte fernerhin verschiedene Nachspiele zum Auslande der Fabrikfabrikanten. Im Laufe des Monats wurden nämlich nicht weniger als 62 Strafmahnde erlassen mit einer Gesamtstrafsomme in Höhe von 1644 M. Außerdem erfolgten gerichtliche Verurteilungen wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung gegen acht Personen, von denen drei mit insgesamt 44 Tagen Gefängnis, eine mit 25 M., und vier andre mit zusammen 65 M. Geldstrafe belegt wurden.

Am 22. wurde sodann Genosse Paul Jahn wegen Verleumdung des Bürgermeisters in Hirtenswalde in der Revisionsinstanz zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Zu Pfingsten, 24.—27., beach der Streik der Barbiergehilfen aus. Der Streik zeitigte die fliegenden Barbierstuben in Schantolaken.

Der Monat

Juni

brachte eine Reihe von Lohnbewegungen und sonstige gewerkschaftliche Kämpfe.

Der 13. ist ein Gedächtnistag von eigenartiger Bedeutung. An diesem Tage fand in Lichtenberg die Wahl der Abgeordneten zum Niederbarnimer Kreisstige statt; es wurde Oswald Grauer als Socialdemokrat in den Kreisstag delegiert. — An demselben Tage fand die Berliner Gewerkschaftskommission einen bemerkenswerten Beschluß. Sie verhängte nämlich den Boykott über die Fabrikate derjenigen Kantada-Fabrikanten in Nordhausen, welche ihren Arbeitern die Koalitionsfreiheit illusorisch zu machen unternommen hatten.

Am 18. tagte schließlich im 1. Reichstags-Wahlkreise (Krimhallen) eine Volksversammlung, in welcher die Genossin Frau Dr. Mofa Zugerberg über „Weltpolitik und die Arbeiterklasse“ Vortrag hielt.

Im Monat

Juli

nahmen die Kämpfe in der Gewerkschaftsbewegung ihren Fortgang. Daneben brachte der 2. dem Genossen Kaliski eine gerichtliche Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung.

Am 5. hatte sich der Maurer Rippler wegen thätlicher Verleumdung von Streikbrechern vor Gericht zu verantworten. Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis.

Die Agitation für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen wurde am 10. im 6. Reichstags-Wahlkreise durch fünf Volksversammlungen eingeleitet.

Am 18. fand wieder ein Verleumdungsprozess statt. Zwei Steinträger wurden zu je einer Woche Gefängnis verurteilt.

Der Monat

August

nahm in seiner ersten Hälfte einen stillen Verlauf, die zweite Hälfte gestaltete sich etwas lebhafter.

So trat am 18. die Kreisversammlung für den Wahlkreis Teltow-Deeslow-Storlow-Charlottenburg bei Obst in Schöneberg zu ihren Beratungen zusammen.

Am 19. wurde an dem Genossen Stolnow ein ihm zur Last gelegtes Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung mit einem Tage Gefängnis gerichtlich geahndet.

Der 22. brachte Parteiversammlungen in allen sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen, berufen zur Stellungnahme zur bevorstehenden Brandenburgischen Parteikonferenz und zum Parteitage in Lübeck (22. September) sowie zur Wahl von Delegierten und Stellung von Anträgen zu beiden.

Zwei weitere Kreisversammlungen traten am 25. zusammen und zwar für Brandenburg-Westhaveland in Rathenow und die für den Wahlkreis Ober-Varnim in Eberswalde. An demselben Tage wurde der Lebensfähigkeit einer braven Parteigenossin, der Frau Luise Franke, Vorkämpferin in der Textilbranche und Mitglied der Frauen-Agitationskommission, durch den Tod ein Ziel gesetzt.

Der verurteilte Rötigung angeklagt, wurde am 27. der Genosse Voranski zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Wegen Verleumdung eines Streikbrechers wurden am 29. zwei Schuhmacher gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Die Frevelthat erhielt durch Verhängung einer Geldstrafe von je 15 M. ihre Sühne.

Am 31. tagte in Rummelsburg die Kreisversammlung für Nieder-Varnim.

Der Monat

September

legte am 1. ein mit den üblichen Kasalle-Feiern sowie mit einer Gedächtnisfeier für die verstorbenen Vorläufer, veranstaltet vom Socialdemokratischen Wahlverein in Nizdorf.

Das Gefeist der Arbeitslosigkeit trat am 3. offensichtlich in die Erscheinung in Gestalt einer bei Keller in der Koppenstraße stattgehabten Versammlung arbeitsloser, in der Metallindustrie sonst beschäftigt gewesener Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg hielt am 8. im Gewerkschaftshause ihre Tagung ab.

Ihre folgte am 15. diejenige des Saunages des ersten Bundes des Verbandes der Töpfer Deutschlands, ebenfalls im Gewerkschaftshause.

Die am 17. stattgefundene Ersatzwahl zur Gemeindevertretung in Treptow-Saunischulenweg hatte als Ergebnis eine Gleichverteilung zwischen Socialdemokraten und Konservativen.

Am 20. war eine Protestkundgebung von Frauen gegen die Vertreibung von Milch und Fleisch durch die agrarischen Hungerkünstler. In der betreffenden Volksversammlung, die im Kolberger Salon abgehalten wurde, war Genossin Martha Tieg Referentin.

Der 22. ist der auch für Berlin wichtige Tag, an welchem der Parteitag in Lübeck mit der Abhaltung einer Delegiertenversammlung seine Thätigkeit eröffnete.

Am 23. trat wieder in Berlin ein Gewerkschaftskongress zu seinen Beratungen zusammen. Es war dies der 5. Kongress der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften Deutschlands. Die Verhandlungen fanden in den Armin-Hallen statt.

Der Ländliche Parteitag gab dem Parteigenossen Dr. Victor Adler-Wien Gelegenheit, am 30. im 6. Wahlkreise vor einer im Eislerer tagenden Volksversammlung über die Socialdemokratie Oesterreichs zu sprechen.

(Schluß folgt.)

Ein Beitrag zur Kriminalgeschichte des Bankwesens.

Dresden, 28. Dezember.

Die Generalversammlung der Dresdener Kreditanstalt für Handel und Industrie in Liq., die heute im großen Börsensaal von nachmittags 3 Uhr bis 1/2 10 Uhr abends tagte, förderte eine Menge neues und überraschendes Material über die leitende Geschäftsleitung der Bankdirektoren zu Tage. Neben die finanzielle Lage der Bank konnte nichts Neues vorgebracht werden. Die Aktionäre wissen seit langem, daß nicht 10, sondern 60 Millionen einschließlich der Bankrotte der Tochtergesellschaften verloren worden sind und daß im besten Falle 12 Proz. des Aktienkapitals erhalten bleiben werden. Dabei ist ins Auge zu fassen, daß die Liquidation bisher so flott ging, weil der Bestand an guten Effekten abgesetzt wurde. Der Verkauf der restierenden Papiere dürfte aber mehr Schwierigkeiten bereiten.

Den Höhepunkt der Verhandlung bildete die Auseinandersetzung zwischen der Revisionskommission und dem Bankdirektor Komm.-Rat Horn. Sehr im Gegensatz zu dem vom Komm.-Rat Horn verfaßten und gebrauchten Revisionsbericht, worin es hieß, daß Horn nur zu optimistisch gehandelt, sich aber keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht habe, gingen die mündlichen Revisionsberichte der beiden andern Revisoren, der Herren Vossmaier und Gehring geradezu darauf hinaus, daß Komm.-Rat Horn unbedingt gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden müsse. Namentlich großen Eindruck machten die mit vielem Temperament vortragenen Ausführungen Vossmaiers. Sie wirkten um so mehr als zum sprachlosen Erstaunen der Aktionäre Komm.-Rat Horn persönlich erschienen war.

Der Vossmaier schleuderte seine Staatsanwaltsrede dem Angeklagten, der nur wenige Schritte von ihm entfernt saß und während der ganzen Versammlung ein blaßes verlegenes Lächeln zur Schau trug, unerschrocken direkt ins Gesicht. Alle Anwesenden hatten sich von ihren Sitzen erhoben und umstanden Ankläger und Angeklagten. Als Komm.-Rat Horn einmal das Wort „Lügen“ dazwischenwarf, entstand eine solche Entschuldung, daß zu Handgreiflichkeiten anscheinend nicht mehr viel fehlte. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, die wichtige Vossmaier'sche Rede im Stenogramm drucken zu lassen.

Während des weiteren Verlaufes der Verhandlung sah Komm.-Rat Horn allein und unbeachtet auf seinem Plage da. Doch nicht von allen wurde er gemieden. Unter vielen Berühmungen näherte sich ihm der wegen Bestechlichkeit von den „Dresdener Nachrichten“ angeblich entlassene Handelsredacteur und hielt den schiefen Blicken der Nachbarschaft trotzdem tapfer in seiner Nähe aus.

Im einzelnen gestaltete sich der Verlauf der Versammlung wie folgt: Den Vorsitz führte Altmeister a. D. Groß-Gleich zu Beginn der Sitzung erzwang Rechtsanwalt Peltasso in Leipzig

durch sein energisches Auftreten, daß die Liquidatoren nach einer langwierigen Debatte eingeklinkten, unter den Debitoren sei ein Kalkantio Nies geföhrt worden.

Rechtsanwalt Peltasso äußerte sein Bestremden darüber, das unter Aufgabe des Regressanspruchs die Liquidatoren mit Generalkonkurs v. Rosenkrantz einen Vergleich geschlossen haben. Rechtsanwalt Dr. Plehner teilte mit, v. Rosenkrantz sei unpfindbar. Schloß Schönbach gehörte der Mutter des Generalkonkurs, die es fürwahrlich unter Umgehung des Sohnes dem Kindern desselben vermachte habe. Die Forderung der Bank betrage 431 000 M., v. Rosenkrantz habe 219 000 M. freiwillig hergegeben und den Rest der Forderung bestritten. Die Liquidatoren hätten sich mit den 219 000 M. als abgefunden erklärt. Bürgermeister Klügers Schulden erreichten eine Höhe von 237 000 M. Hiervon habe man 86 000 M. aufgegeben. Der Rest sei durch Depots, Hypotheken, Forderungen (allerdings zweifelhafter Natur) gedeckt. 53 000 M. hätten die Verwaltenden aufgebracht. Herr Klüger hat jetzt noch ein Einkommen von 18 000 M. gegen 80 000 M. im Vorjahre, wie man uns mitteilt. Die Red.)

Bankier Markiewitz-Berlin: Am 12. Juli hat uns auf der Generalversammlung der Liquidator Dr. Geh nicht gesagt, daß er bereits einen Vergleich mit Generalkonkurs v. Rosenkrantz abgeschlossen hatte. Er hat damals so, als ob er v. Rosenkrantz rechtsgültig machen wolle. Er hat uns einfach an der Nase herumgeführt.

Dr. Geh hielt hierauf eine längere Rede, in der er aber nicht auf die Beschuldigung einging. Zum Schluß sagte er, wenn er gewußt hätte, wie es mit der Kreditanstalt stehe, wäre er nicht so dumm gewesen, einzutreten. Man solle ihm doch das Gehalt auszahlen und ihn absetzen. So schön sei die Stelle nicht.

Ein alter Herr erwiderte, Herr Dr. Geh sei mit 24 000 M. und zweijähriger Kündigung angestellt. Eine Summe, bei der man 48 000 M. verdiene, sei entschuldbar. (Stürmische Heiterkeit.)

Auf eine Anfrage teilte Dr. Plehner mit, die Liquidation könne noch 2 bis 3 Jahre dauern.

Zum Bericht der Revisionskommission bemerkt Kaufmann Vossmaier-Madebent folgendes:

Soeben erlaube ich, daß Herr Komm.-Rat Horn den fraglichen Rat besch. hier zu erscheinen, hier unter uns, die er durch seine Leichtfertigkeit um einen großen Teil ihres Gutes gebracht hat. Die Hauptfrage, um die es sich dreht, ist und bleibt: „Können die Direktoren und Aufsichtsräte sich für die Verantwortung gezogen werden?“ Ich glaube mit „Ja“ antworten zu können und zwar auf Grund folgender geistlicher Bestimmungen: § 314 des Handelsgesetzbuchs lautet: „Wenn der Vorstand wesentlich in seinen Darstellungen, in seinen Uebersichten über den Vermögensstand der Gesellschaft oder in den in der Generalversammlung gehaltenen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft unrichtig darstellt oder verschleiern, werden sie mit Gefängnis bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu 20 000 M. bestraft.“

Kann, meine Herren, alle diejenigen, welche der Generalversammlung vom 4. April d. J. beigewohnt haben, werden sich wohl noch lebhaft erinnern, wie Direktor Horn und v. Rosenkrantz, Vorsitzender des damaligen Aufsichtsrats, alle aufgeworfenen Bedenken mit hochtönenden Redensarten widerlegten, die sogenannten Rögler einzuschüchtern suchten, indem sie dieselben für alle Rache, die ihr Verhalten der Gesellschaft bringen könnte, rechtsgültig machen würden und besonders die ihnen dadurch entstehenden hohen Kosten hervorhoben. Folgende Antworten Horns fallen unter den angeführten § 314:

Auf die Frage: „Wer sind die Banken und Bankiers, die uns schaden?“ antwortete Horn wörtlich: „Kann, Sie halten doch die Deutsche Bank für gut?“

Hierüber herrschte doch kein Zweifel, aber worauf es ankommt, ist, daß die Deutsche Bank der Kreditanstalt nichts schuldet. Horn hat also die Ironie nur angewendet, damit die Fragesteller beruhigt werden. Er hat aber eine wissenschaftliche Unwahrheit behauptet, um die Verhältnisse der Gesellschaft zu verschleiern.

Auf die Frage: „Wie es mit den gebundenen Gläubigern stände?“ antwortete Horn wörtlich: „Diese Angelegenheiten sind sicher gedeckt, so, daß selbst, wenn die Kurse auf dem Berliner Kurszettel noch um 100 Prozent zurückgingen, was doch nicht zu erwarten ist, sind diese sicher gestellt.“

Wie konnte da Horn von so sicherer Deckung in der Gläubiger-versammlung reden, wo er gleich verpflichtet war, nur die wahren Verhältnisse den Aktionären zu unterbreiten. Noch am 29. Mai 1901 schrieb die Kreditanstalt an einen Aktionär u. a. folgendes:

„Was nun die Kreditanstalt betrifft, so hat dieselbe in vor-sichtiger Weise in ihrer letzten Bilanz auf ihren Aktienbesitz an der Gesellschaft Kommer., von dem übrigens schon ein erheblicher Teil abgetrennt worden ist, einen sehr großen Betrag zurückgestellt. Dies schließt aus, daß der inzwischen eingetretene weitere Rückgang der Kommer.-Aktien ihr einen auf den Jahresertrag so großen Einfluß ausübenden Verlust bringen könnte, daß der Rückgang ihrer schon ohnehin niedrig notierten Aktien gerechtfertigt erschiene, umsoweniger, als die Geschäfte der Bank, wie in der letzten Generalversammlung angeführt wurde, sich gut und normal entwickelt haben und das Institut außer seinen großen Reserven noch einen Dividenden-Reservefonds von 1 200 000 M. besitzt, aus welchem bis 7 1/2 Proz. Dividende zum Gewinn zuzuzählen sind.“

Wohlgemerkt trat der Ruin der Bank ein. § 241 des Handelsgesetzbuchs lautet: „Die Mitglieder des Vorstandes haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes anzuwenden. Mitglieder, die ihre Obliegenheiten verlegen, haften der Gesellschaft als Gesamtschuldner für den daraus entstehenden Schaden.“

Dieses war nicht nur der Fall, sondern es wurden sogar die Warnungen der Aufsichtsrats-Mitglieder und Revisionsmitglieder einfach ignoriert. Im Revisionskommissions-Protokoll vom 25. April 1900 wurde bereits darauf hingewiesen, daß es wünschenswert sei, den Kredit thunlichst zu moderieren, namentlich bezüglich der Kommer.-Werke. Die damals 3 800 000 M. schuldeten, und der Aligi-Brauerei, die 1 900 000 M. entliehen hatte. Noch Knosweis der Kreditliste der Kommer.-Werke waren nur 2 460 000 M. Deckung in Effekten vorhanden, wovon jedoch nur die Hälfte hinterlegt worden.

Heute stehen wir vor einer Schuld der Kommer.-Werke von 3 762 000 M., ohne, ich sage ohne die Tochtergesellschaften. Kann da von der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes die Rede sein, wenn die Warnungen der Mitarbeiter in so unverantwortlicher Weise mißachtet werden?

Untern 16. Juni 1900, Seite 9, heißt es im Protokoll der Aufsichtsrats-Sitzung: „Bezüglich des großen Defizitbaldes von 3 350 000 M. der Elektrizitäts-Gesellschaft Kommer. wird hingewiesen, einerseits auf die vorhandenen bedeutenden Deckungen, welche eine Geschäftsführung nicht bestreiten lassen, andererseits auf die von der Gesellschaft angelegte ansehnliche Beschränkung in der Ausübung weiteren Kredits. Die Höhe des Saldo erscheint außer Verhältnis zum eigenen Kapital der Kreditanstalt und es wird deshalb im Einverständnis mit der Kommer.-Gesellschaft auf thunlichste Abminderung des Saldo hingearbeitet werden.“

Die erfolgte die Abminderung des Saldo? Trotzdem Komm.-Rat Horn die trostlose Lage der Kommer.-Werke und Tochter-Gesellschaften kannte, beahlte er seine Mitsbürger durch die Herausgabe von 2 1/2 Millionen 5 Proz. Obligationen, die zum großen Teil verloren sein werden. Die Kreditanstalt hat dadurch keinen Vorteil gelobt, indem der Saldo von 3 200 000 M. am 16. Juni 1900 auf 3 762 000 M. stieg, ohne die Verluste der untern 4. April 1901 übernommenen, schwer zu vertretenden Aktien im Betrage von 2 500 000 M. der Deutschen Kabelwerke, Pöge, Paschen und Dan-

zger Elektrische Straßenbahn. Somit hat die am 16. Juni 1900 beschlossene Abminderung des Kredits nicht stattgefunden, im Gegenteil, er wurde trotzdem erheblich erhöht. Ist dies die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes?

Ferner fand ich im Protokoll der Aufsichtsrats-Sitzung vom 5. März 1901 folgende Bemerkung: Geh. Kom.-Rat Henschel giebt die Erklärung ab, daß er seit seinem Eintritt vor dem Engagement Nummer gewarnt habe.

In der Aufsichtsrats-Sitzung vom 25. Januar 1900 wurde die Direktion ausdrücklich ermahnt, die Kredite der Aktiengesellschaft für elektrische Anlagen und Bahnen, der zur Zeit 1 443 000 M. betragen, nicht zu erhöhen. Heute schuldet diese Gesellschaft 3 080 000 M., womit will die Direktion diese Erhöhung um 110 Proz. begründen?

Nun müssen wir berücksichtigen, daß Geh. Kom.-Rat Henschel im Dezember 1899 als Aufsichtsrats-Mitglied gewählt wurde, also seit Anfang des Jahres 1900 thätig gewesen ist. Horn kann sich somit nicht mit der Ausrede decken, „ich habe im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat gehandelt“. In den Aufsichtsratsakten stehen bisher nur die Beschlüsse und nicht die Debatten. Aber die hier aufgeführten vier Fälle beweisen hinlänglich, daß wohl öfters „Bedenken“ laut geworden sind bezüglich der in gar keinem Verhältnis zu den Mitteln der Kreditanstalt gegebenen Kredite an Nummer und Konsorten. Wo bleibt die Sorgfalt des ordentlichen Geschäftsmannes?

Nun, meine Herren, will ich Ihnen nur richtigen Vorschlag des Charakters Horns das von ihm im April 1901 erwiderte Ausregulierungs-Conto näher vorführen. Wechselt dieses Conto eingeführt wurde, ist mir nicht erklärlich, da bereits zum Kauf der Kreditaktien ein Konsortium bestand. Bei Einführung des Ausregulierungs-Contos wurde den Beteiligten folgende Verpflichtung auferlegt: „Die anwesenden Herren verpflichten sich auf Ehrenwort, über die Verhandlungen und Geschäfte, welche ihnen seitens der Direktion mitgeteilt werden, oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangen, absolutes Stillschweigen zu beachten und auf keine nur irgend geartete Weise zu Privatoperationen zu benutzen. Und wie hat Horn sein Ehrenwort gehalten?

Als er den unvermeidlichen Niedergang sah, schaffte er aus seinem Depot u. a. am 22. Mai ab für 55 000 M. Kreditaktien an die Deutschen Wechselstuben in Berlin, doch jedenfalls zum Verkauf, worüber mir allerdings die Beweise fehlen, da die betreffende Bank alle Anfragen unbeantwortet ließ. Seine Antwort ist auch eine Ent-

wort. Also, meine Herren, am 22. Mai schaffte er langsam seine Depots weg, ließ aber ruhig bis 4. Juni für Rechnung des Ausregulierungs-Contos die Aktien aufkaufen. Diese infame Handlungsweise bedarf keines weiteren Kommentars.

Daß Böswilligkeit seitens Horns und Konsorten vorliegt, glaube ich nicht, aber „Fahrlässigkeit“ im wahren Sinne des Wortes. Für Horn ließe sich als Entschuldigung, wenn dieses als Entschuldigung gelten kann, anführen, sein in seinen Kreisen schon längst Ansehen erregender leichtfertiger Lebenswandel und sein Größenwahn, der mit Größenwahnsinn wohl treffender bezeichnet wird. Sorgen wir deshalb dafür, daß er wenigstens in eine Heilanstalt gebracht wird, damit er nicht noch größeres Unheil anrichten kann als es bereits geschehen.

Nachdem noch der dritte Revisor Kaufmann Gehring seinen Bericht erstattet hatte, versuchten die Horn'schen Anwälte die Beschlüsse zu widerlegen. Sie vermochten aber nicht zu überzeugen.

Schließlich genehmigte die Generalversammlung, daß auf den Regrehananspruch in den folgenden Fällen zu verzichten sei, wenn die betreffenden Aufsichtsräte zahlten: Borkowski 75 000 M., Geh. Kom.-Rat Henschel 25 000 M. und Justizrat Gerlach (Erben) 25 000 M.

Der Regrehananspruch auf das Horn'sche Vermögen muß unterbleiben, weil Kom.-Rat Horn angeblich nichts besitzt. Im letzten Jahre betrug sein Einkommen 150 000 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

S. S. Teget. Eine Sparkasten-Annahmescheine in der Gegend vom Wedding befindet sich bei Frau, Schauspieler 9, und bei Frau, Wäckerstr. 156a.

S. S. 36. Sie hätten die Rechnung zu bezahlen. Streng könnten nur die Posten Auszahlung, sonstige Ausgaben und Hufe sein. Diese sollten Sie sich von Ihrer Schwester erläutern lassen; was zur Kontostellung erforderlich war, ist zu zahlen. Der Begriff Handgeld darf nicht heimlich ausgelegt werden. - S. S. 24. 1. und 2. Dafür giebt es kein Mittel, das nicht strafbar wäre. Man nennt die Anwendung solcher Mittel Abtreibung. Diese wird mit Zuchthaus und im Mindestfall mit sechs Monaten Gefängnis bestraft. Uebrigens sind alle solche Mittel gesundheitschädlich. 3. Nur, wenn das Statut der Kasse dies vorschreibt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 11. Dezember. Opernhaus. Tra Diabolo. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Johannisnacht. Die Komödie der Irrungen. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Der Revisor. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Feising. Die Wolltäter. Anfang 7 1/2 Uhr. Meißens. Lumpenbambus, oder Das liebliche Kleblatt. Anfang 7 Uhr. Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr. Weihen. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Receptionsbühne. Dello's Allencross Bunter Brett. Anfang 8 Uhr. G. v. Wolzogens Bunter Theater (Heberbrecht). Anfang 8 Uhr. Schall und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr. Trianon. Wechselstein. Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr. Luise. Schröder u. Co. Anfang 8 Uhr. Carl Weiß. Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der rote Kolb. Anfang 7 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr. Casino-Theater. Weihnachten. Anfang 7 1/2 Uhr. Cyprien. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr. Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Heute: Grosse Silvester-ulk-Soiree.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.

Invaldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165. Grosse Weihnachts-Ausstellung Eine Reise ins Schlaraffenland Marionetten-Theater für die Kinderwelt.

Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten v. Heinrich Heinehardt. Morgen nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Die Fledermaus. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Größter Operetten-Erfolg! Koolbil! Das Jungfernstift. Operette in 4 Akten nach Paul de Korf v. Ernest Guinot. Musik v. Jean Gilbert. Anfang 7 1/2 Uhr. Comtesse Marie. Minna Richetti als Gast. Morgen nachmittags 3 Uhr (keine Preise): Maria Stuart. Abends 7 1/2 Uhr: Das Jungfernstift. Sonntag nachmittags: Kinder-Vorstellung. Kistenbrödel.

Metropol-Theater.

Heute, den 31. Dezember: Gr. Silvester-Feier verbunden mit Tanz-Kränzchen. Präzise 8 1/2 Uhr: 'ne feine Nummer! Burlesque Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer und Leo Fall. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Emil Thomas—Henry Bender Josef Josephi—Frid-Frid Lucie Engelke—Else de Vere Um 1/2 12 Uhr: Der Silvestertraum in der Markgrafen-Allee. Neujahrstrevue v. Julius Freund etc. etc. Um 12 Uhr: Schmetterlinge Fansaren. — Allgemeines Prosit Neujahr! — Grosse Ueberraschungen. — Blumen- und Konfettischlacht. Nach 12 Uhr: Gross. Tanzkränzchen. Ballmusik: Die vollständige Kapelle des II. Garde-Regiments, 200 Mitwirkende, 3 Musikkapellen. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet! Ende der Vorstellung 12 Uhr. Ende des Tanzkränzchens um 4 Uhr.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater). Dienstagabend 7 Uhr: Zum Erkennen! Der Revisor. Lustspiel in 5 Akten von Nikolaj Gogol. Deutsch von G. v. Schabetsky. Mittwoch nachmittags 3 Uhr: Der Revisor. Mittwochabend 8 Uhr: Heimat. Donnerstagabend 8 Uhr: Die Mütter.

Thalia-Theater.

Tredenerstr. 72/73. 7 1/2 Uhr. Heute u. fest. Tage. 7 1/2 Uhr: Die Badepuppe. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm u. G. Guido Thielcher, Helmerding, Junfermann, Baumüller, Hamann, Junfermann, Schmitt. Nachmittags 3 Uhr (keine Preise): Die Baixe aus Lowood.

Apollo-Theater.

Am Silvesterabend: Auftreten d. gesamten engagierten Spezialitäten und Künstler: Trio Monfroid Kathi Herold Georg Kaiser The Amones Der Kosmograph Willi Walden La Roland Emil Richard Brothens Felsina usw. usw. Um 8 1/2 Uhr: König Aqua. Burleske in 1 Akt u. 4 Bildern von R. Ehrke. Im 2. Bilde: Die Mönchsguter Fischer mit ihrem Originaltanz. Schüttel de Bux. Anfang 8, Vorstellung 8 Uhr. Am 1. Januar 1902: Vollständig neues Spezialitäten-Programm.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville. Schwant m. Gefang u. Tanz i. 3 Akten. Hierauf: Pariser Lebensbild in 1 Akt. Adele Hartwig, Wizzi Richter, Rosa Marini, Emil Sondermann, Ferd. Bormo, Leopold Thurner, Wertmeister, Kettner, Olfes, Kahlmeyer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Cirkus A. Schumann.

Heute, Dienstag, den 31. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Große außerordentliche Gala-Vorstellung. Letztes Auftreten der Dezember-Spezialitäten. U. a.: Zum letztenmal: The Louisiana Amazon-Guard genannt: Das schwarze Ueberbrett. Zum erstenmal auf dem Kontinent. Neu! Phänomenal! Neu! Orig.-Dyccle-Keun-Truppe vom Alhambra-Theater in London. Ferner das übriqe vorzügliche Programm und Direkt. Albert Schumanns neueste Originalaufstellungen. Zum Schluss um 8 1/2 Uhr: Quer durch Paris.

Schall und Rauch.

Unter den Linden 44. Dienstag, 31. Dezember 1901, Anfang 7 1/2 Uhr: Vorstellung vor Serenissimus. Mittwoch, 1. Januar 1902, nachmittags 4 Uhr: Don Carlos. — Die Weber vor Serenissimus. Abends 8 1/2 Uhr: Vorstellung vor Serenissimus.

E. von Wolzogens

Bunter Theater (Ueberbrett) Köpnickstr. 68. Letztes Gastspiel Loie Fuller. Silvester-Programm. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen, 1. Januar: Silvester-Programm-Vorstellung. Gewöhnliche Preise. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.

Heute: Grosse Silvester-Feier. Anfang 8 Uhr, Ende 1. neuen Jahr.

Michel Mayer

aus Wien, Der stärkste Mann der Welt Gifford der einbeinige Amerikaner. Das glänzende Festprogramm 16 erstklass. Nummern.

W. Noacks Theater.

Bismarckstr. 16. Heute, Dienstag, den 31. Dezember: Grosser Silvester-Ball bei stark besetztem Orchester. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Um 12 Uhr: Verteilung von Neujahrswünschen u. darauffolgender großer Pfannkuchen- und Punsch-Belohnung.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236. 28 internat. Spezialitäten I. Rang. u. a.: Valdemanns Hunds- u. Affen-Cirkus. Anfang 7 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Heute: Grosse Silvester-ulk-Soiree.

Casino-Theater.

Vollbringstr. 37. Heute 8 Uhr: Silvester-Vorstellung. Abschied d. gesamten Kräfte-Personal Corradini mit seinen Pianozumern. Weihnachten - Mädchenjäger. Morgen nachmittags 4 Uhr: „Der Hund der Zablucianen.“ Abends 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellung. Vollständig neues Programm.

Neujahrs-Spitzen

in großer Auswahl u. billigen Preisen. 111/5 Carl Baarek, Rosenthalerstraße 24.

Palast-Theater

(früher Fern-Palast) Burgstr. 22. Direktion: Winkler u. Fröbel. Heute, den 31. Dezember: Silvester-Vorstellung der gesamten erblaffigen Kunst-Spezialitäten. Um 9 Uhr: Die erfolgreiche Anstaltungs-Gesangs-Burleske Großstadtzauber. Hugo Luffa — Direkt. R. Winkler. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Billet-Verkauf von 11-1 Uhr. Morgen, den 1. Januar: Durchweg neues Künstler-Personal.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger Neu! Die Zillertaler. Neu! Die Volkstänze. Heute: Grosse Silvester-ulk-Vorstellung und Silvester-Ball. Begrüßung des neuen Jahres. Punsch und Pfannkuchen. Polonaise usw.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmste Vergnügungsorte! Täglich: Internationales Konzerte. Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliches Küche. Gut gepflanzte Biere.

Trianon-Theater

Neigt wegen baulicher Veränderungen einwirken geschlossenen Wiedereröffnung wird bekannt gegeben.

Cirkus Busch

Heute, Dienstag, den 31. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: „Klondike“. Original-Pantomime des Cirkus Busch. Vorzügliches Programm.

Urania, Brangelstr. 11.)

Heute: Gr. Silvesterball. Morgen, Neujahr: Großer Ball. Das Nähere Aufschlagläuten. C. F. Walter.

Alhambra

Wallnertheaterstrasse 15 Gr. Silvesterball. Anfang 8 Uhr. Um 12 Uhr: Große Polonaise. A. Zameitat.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten. Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Wichtig!

Wo amüsiert man sich großartig? Wichtig! Sagenheide 21 und Jahnstraße 8 in Schneegelsbergs Festhale (Inhaber: Max Schindler). Verschied Ueberraschungen. Großer Amüsement! Um 12 Uhr: Begrüßung des Prinzen Karneval. Hierauf: Grotto-Punsch-Polonaise (auch Pfannkuchen). Als Spezialität: Theater u. Cigarretten. Anfang 7 Uhr. Grotte frei. — Garderobe 20 Pf. — Mittwoch, den 1. Januar 1902: Grotte Ball. Anfang 4 Uhr. Um regen Besuch bitten Max Schindler.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Sonntag 5 Uhr. Nur erklaffte Spezialitäten. J. M. Matt. Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Konsumverein für Schöneberg und Umgegend

Table with 3 columns: Aktiva, Bilanz vom 30. September 1901, Passiva. Rows include Kassenbestand, Warenbestand, Inventarbestand, Forderungen, Rückstellungen, etc.

Zähne

Reinhold Werner Schneidermeister 2517L^a jetzt nur: Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. 1. Etage Elegante Anzüge und Paletots nach Mass von 30 M. an. — Telephon Amt VII No. 33. Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Am dreimal donnerstags Hoch
unserem Stammbuch 28808
Ferdinand Kiesel
gen. Rante, zu seinem 55. Geburtstag.
Unserem langjährigen Kassierer und
Kollagen 104/11
Friedrich Linde
zu seinem
50. Wiegenfeste
die besten Wünsche und ein dreifach
donnerstags Hoch!
Berlin, 31. Dezember 1901.
Filiale II (Sachse) des B. d. M.,
2. u. 8.

Verband der Bau-, Erd- u.
gewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hierdurch die
traurige Nachricht, daß der Kollege
Gustav Kernchen
am Sonntag, den 29. d. M., an der
Prostatierkrankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch
(1. Neujahrstag), nachm. 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Gumbaus Kirch-
hofes in Brix aus statt.

Am gleichen Tage verstarb der
Kollege
August Kolberg,
ebenfalls an der Prostatierkrankheit.
Die Beerdigung findet am Mittwoch
(1. Neujahrstag), nachm. 3 Uhr, von
der Leichenhalle des St. Kreuz-Kirch-
hofes in Mariendorf aus statt.
Um rege Teilnahme bittet
44/21 Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 27. d. Mts., verstarb
nach sechstägigem schweren Leiden der
Herr
Eduard Runschke.
Er folgte seiner lieben Frau Emilie
eine Woche später ins Grab.
Im Namen der unmündigen
Kinder: Frau Alwine Stroy.
Die Beerdigung findet am 1. Januar,
3 Uhr nachmittags, vom Angust-
Hospital aus statt. 28645

Todes-Anzeige.
Nach langjährigem schweren Leiden
ist unser Mitglied
Franz Liegmann
am Sonnabend, den 28. 12. 01 ver-
storben. 28445
Seine lieben Kunden!
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 1. Januar 02, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von Trauerhaus, Stargarderstr. 80,
aus statt.
Männer-Gesangverein
Rosenthaler-Vorstadt.

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten, be-
sonders dem Gefangenen Männer-
auswartung Anton, für die herzliche Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters meinen innigsten
Dank. 28518
Frau Müller.

Dankfagung.
Sage allen Verwandten u. Freunden
für die herzliche Teilnahme u. zahl-
reiche Kranzsende bei der Beerdigung
meiner lieben Frau, besonders dem
socialdemokratischen Kreis u. Schan-
witz u. Berlin und dem Sozialist
Rosenfeld, meinen besten Dank.
28435
Emil Gumbach.

Dankfagung.
Sagen hiermit für die rege Teil-
nahme und Kranzsenden beim Be-
gräbnis meiner Lieben unsern innigsten
Dank. Ww. Unterlauff u. Töchter.

Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten, den
Steinmetzern Berlin, Dresden
und Leipzig sowie dem Social-
demokratischen Wahlverein Rixdorf
für die herzliche Teilnahme und Kranz-
senden bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, meines guten Vaters,
des Steinmetzen **Emil Schmidt**,
unsern herzlichsten Dank. 192/15
Wilhelmine Schmidt nebst Kindern.

Rum
sehr kräftig und von feinstem Aroma,
per 1/2 Liter. Fl. 1,00 bis 5,00.
Punsch und Glühwein,
Fl. 75 Pf. bis 4,00.
F. Willumeit,
Alexanderstr. 62. [28803]
Potsdamerstr. 48 (Ging. Kurfürstend.).
Skalitzerstr. 135. — Roschenberger-
strasse 87 u. Löwestr. 12.

Charlottenburg.
F. Kunsimann, Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl!
Billigste Preise! Reelle Garantie!
Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Kranz-Kränze, Palmen u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Guirlandes
etc. werden fein u. preiswert geliefert.

Bruch - Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchban-
den, Leibbinden, Geradschultern,
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Biederstr. 1, Oris- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C. [22426]

30. Finien-Strasse 30.
Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Kaufkraft bis abends neun. [7878]

**Central-Verband der Handels-,
Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.**
Telephon: Kamt 7, 3245. Verwaltung Berlin, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16.
Heute in Louis Kellers Festjalen,
Koppenstrasse 29:
Große Silvesterfeier.
Humoristische Vorträge [67/17]
ausgeführt von der Berliner Volkslied-Gesellschaft Ledwadowsky.

Tanz.
Die Ballmusik wird von zwei stark besetzten Kapellen vom „Neuen Berliner
Konzert-Orchester“ unter Leitung des Herrn R. Tiets ausgeführt.
Anfang abends 9 Uhr. Ende früh 6 Uhr 1902.
Billets: Herren 50 Pf. (inkl. Tanz), Damen 30 Pf., sind zu
haben im Bureau, in den Zahlstellen, im Eigarrengeschäft Engel-Ufer 15.
Abends am Eingang „offene Kasse“, Herren und Damen a 50 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

**Buchbinder
und verwandte Berufsgenossen!**
Heute abend im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Große Silvesterfeier
arrangiert vom
Deutschen Buchbinder-Verband (Zahlstelle Berlin).
Billet für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.
Billets sind in unserem Bureau bis nachmittags 3 Uhr, nachdem im
Eigarrenladen Engel-Ufer 15 zu haben. 27/4
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Die richtige, wirkliche, grosse
Weihnachts-Messe u. Ausstellung
Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35
ist eröffnet!!
Zur prachtvollen, weihnachtlich dekorierten Ausstellungs-Bühnen-
kaut jedermann billig und amüsiert sich köstlich!
Hört! Seht! 6 intern Kapellen, 3 Karneval, Erste Pantom-
men, Panoptikon, Vorführung fremder
Völker, dressierte Feldhasen und Hasen, Varietés mit ersten
Künstlern, Automaten-Ausstellung, Musikgen., China, Boer-
tänze unter Leitung von Oskar Krüger, Polonaisen, Räuber-
spiele, Schiessspiele, Schach, Dymnpl-Billard
und vieles andre!
!Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!
Geöffnet vormittags 10 bis abends 11 Uhr,
auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf.
Bis 3 Uhr nachmittags Entree frei! Direction: O. Franz.

Stauend Billig!
Dressierte Winterpalet., Jackettauzüge, Nockauszüge, Zobeljoppen,
Seinleider, sowie Monatsdanz, Palet., fast neu; auch für forv. Figuren pass.
J. Wand, Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl.
1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Große Silvesterfeier!
Parteienoffen der Schönhauser, Rosenfelder und Prenzlauer Vorstadt
werden zum 31. Dezember zu einer geselligen Abend-Unterhaltung
freundlich eingeladen bei
Wernau, Schwedterstr. 23/24.

Königs-Café
1902.
Unsern werthen Gästen, Freunden
und Bekannten die herzlichste Gratula-
tion zum neuen Jahre und bitten
höflich um Abholung unserer nächsten
Weihnachtsgebilde vom 2./1. 02 ab.
Schönhauserstr. 28676
Berkowiz & Herz,
Kaiser Wilhelmstr. 18a.

Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengel, Große
Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Paul B 55 M., Pausierstr. 14/15
(Baden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders,
Salzweberstr. 8 im Laden. — Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stiglenburg, Bienenstr. 41/42. — Gesund-
brunnen: Hermann Rasche, Grünhaldenstr. 65. — Rosenthaler
und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Saganen-Allee 95/96. —
Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Selenbrennerstr. 1, Ecke
Wortstr. v. I. — Deutsch-Wilmersdorf: W. Ridel, Uglan-
str. 108, part. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Oswald
Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — Grünau: Adolf Gandel,
Spendenstr. 89. — Rixdorf: O. Hermann, Gröbstr. 6. —
Schöneberg: Wm. Baumler, Apffel-Paulusstr. 13, Quergeb.
Hoch. — Ober-Schöneberg: Otto Fohn, Wilhelmshofstr. 18.
— Nieder-Schöneberg: Karl Weber, Eigarrengeschäft. —
Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstr. 39, I. — Adlers-
hof: Gustav Hise, Gadenbergstr. 8. — Köpenick: Friedrich
Wald, Grünstr. 20. — Friedmann-Steglitz: O. Berner,
Rixstr. 15 in Friedenau. Befragungen nehmen entgegen in Steglitz:
S. Mohr, Döppelstr. 8, und Fr. Sellhase, Ahornstr. 15a. —
Baumschulenweg: Stod, Gröbstr. 2, II. — Neu-Weissen-
see: Heinrich Bachmann, Leberstr. 1, part. Unt. — Rummels-
burg: Borgvert, Prinz-Albertstr. 5a.
Näherem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Bitte ausschneiden!
Die Kölnische Unfall-Versicherungs-Akten-
Gesellschaft gewährt unter den günstigsten und liberalsten Be-
dingungen gegen eine einmalige äußerst billige
Prämie
Eisenbahn-Unfall- und Dampfschiff-Unglück-
Versicherungen auf Lebenszeit

für jedermann, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Gesundheit, gültig
für die ganze Welt und für alle Krien von Bohnen, auch für Stroh-
bahren, bezgl. für alle Flüsse und Binnengewässer Europas.
Für eine Versicherung
auf den
Todesfall
einer Lebensdauer
jährl. Rente im
Falle gänzl. Inva-
lidität von
auf Tages-
entschädigung
entf. von
beträgt die nur
einmal zu zahlende Prämie
in 4 Viertel-
jahrs-
beiträgen
von je
R. 3 000 R. 300 R. 1.— R. 10.— R. 2,60
" 6 000 " 600 " 2.— " 20.— " 5,20
" 12 000 " 1 200 " 4.— " 40.— " 10,40
" 25 000 " 2 500 " 8 1/2 " 80.— " 20,50
" 50 000 " 5 000 " 16 1/2 " 160.— " 41,60
" 100 000 " 10 000 " 33 1/2 " 320.— " 83,20
" 200 000 " 20 000 " 66 1/2 " 640.— " 166,40
Zum Abschluss von Versicherungen empfehlen sich die Direction und
sämtliche zu erfragenden Vertreter der Gesellschaft.
Vertreter für die Vermittlung obiger Versicherungstypen
werden gegen hohe Provision gesucht.
Meldungen sind an die Direction in Köln zu richten.

Rum
keine Essenzware, sondern mit
hochwertigster, reiner Jamaica
Brennspirit, 1/2 Fl. (1/2 Liter) von
90 Pf., 1/2 Fl. v. 50 Pf. inkl. an.

Borzügl. Punsch-, Brog-, Glühwein-

Jgnatz Sello,
110. Brunnenstr. 110.
Filiale: Rosenthaler-Allee 27.

Kleine Anzeigen.
Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Pfennig. Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.
Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Brühlstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenband Große Frankfurter-
str. 9, partierre. [137]
Weiße Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Kaufstr. 26A, früher Garten-
str. 4 und 5. Sonntag ge-
öffnet. [9248]
Vorjährige elegante Herren-Winter-
paletots und Anzüge und feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag, Verlanthaus
Germania, Unter den Linden 21, II.
Kobalt & Prozent Bekkerhandlung
Pöschel, Alexandrinenstr. 6, Ecke
Neuenburgerstr. Alle Sorten Stoffe,
Wäsche, Hosen, Korpen. 27445
Winterpaletots wegen vorge-
rührter Saison bedeutend unter Preis
einzelu zu verkaufen. Als Pf.
Berlin, Verlanthausstr. 8. 29075
Spottbillig: Teppiche, Betten,
Steppdecken, Gardinen, Winter-
paletots, Opeingläser, Regulatoren,
goldene Remontuhrren, Broche,
Ohrringe, Wäscheartikel etc. verkauft
Verlanthaus Neuenburgerstr. 6. 156
Teppiche! (hehrhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Bestes im
Teppichlager Brünn, Fackelstr. Markt 4,
Bahnhof Börse. 119/14

Gelegenheit! In meinem großen
Wohlfühlreich mit eigener Tapezier-
werkstatt verkaufe zu spottbilligen
Preisen: Truemeaus, Kücheneinrich-
tungen, Aufschreibetische mit Feder-
matratze 82, Tafelstisch 55, Küch-
betten 18, Schlafsofa 40, Gabelin-
garnitur 100, komplette Zimmer-
einrichtungen in jeder Vieles.
R. Rosenkranz, Wohlfühlreich, Staf-
schreiberstr. 5. 9102
Möbel-Gelegenheit. Beim Auktion-
meister Otto Wiese, Mödlerstr. 25
(Bahnhofstr.), sehen zum spottbilligen
Verkauf neue gebogene und wenig ge-
brauchte Einrichtungen, ein Posten
Eduletrumeau 30,00, Salontische
20,00, Zimmertische 8,00, Musik-
schränke, Salonarmaturen, Gabel-
sofa, Aufschreibetische, Schreib-
tische, Vorderschränke, Salonbilder, ge-
richte Ueberrücken, Divandee, Stuhl-
Stühle, Steppdecken, Salonarmen,
Wohlfühldecken 5,00. Verschiedene
Gelegenheitskäufe. Gelaufte 138
unentgeltlich. [9138]
Herrenanzüge, Paletots, elegante
Ausführung, geringe Teilzahlung, J.
Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part.
Teppiche mit Järdenstücken,
Bücherständer, Große Frankfurter-
str. 9, partierre. 787
Goldene Damenuhren (von
10 Mark an), silberne Remontuhr-
uhren (von 5 Mark an) Deutschl.
Verlanthaus, Rosenthalerstr. 11/12. *

Nähmaschinen, preiswerteste Be-
zugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
Lieferung nach allen Stadteilen so-
fort, Landsbergerstr. 92, Köpenick-
str. 60/61. 22806
Gänse, frisch geschlachtet, liegen auf
dem Central-Bühnen zum Verkauf,
Eisenauerstr. gegenüber Feldbahn-
ausgang, Gabelstr. 2, Verkauf
Paul Holt. 35
Cigarrentouren (Schneider,
Wäfer - Kommandantenstr.) wird
jetzt spottbillig abverkauft Deutschl.
Verlanthaus, Rosenthalerstr. 11/12. *

Ziehdecken billig! Habent wozu
Königsruhrstr. 9, partierre. 137
Wapage-Ruderschiff, 25 Mark an,
sollt sprechen, Nygerstr. 10, Kanonen-
röhre 5,00 an, Kottschchen billig.
Käuter, Dronenstr. 57. 28018
Kanarienhähne, Auswahl, Jodanin,
Brunnenstr. 97. 28418
Kanarienhähne, Buchweizen, hüh-
lig, Brandt, Dolmarstr. 9. *

Wittschule, Staligerstr. 118a,
monatlich 5 Mark. 27335
Zahnärztin G. Gedde Star-
garberstr. 3. 1135
Kunstschneiderei von Frau Kofolski,
Steinmeyerstr. 48, Quergebäude hoch-
partierre.
Anfertigung eleganter Herren-
garderobe, Teilzahlung gestattet.
Karcus, Kleine Frankfurterstr.
am Ang. 28105
Metallbruch aller Art knust
Broderik, Appelerstr. 16, Kaufman-
str. 18. 24745
Wittschule! Wer sich über diese
ruchlose Grausamkeit unser Zeit
unterrichten will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Vivif-
ktion, welche unentgeltlich verfenet
werden vom Verein Berlin,
Königsbergerstr. 105, Dofelshöfen
auch Referenten für Vorträge in
Arbeitervereinen über Vivifikation be-
halten werden. Um gütigen Abdruck
wird gebeten. 1815
Wittschule! und Bezeichnung
Gommennann, Kochstr. 58, I, Kamt 6,
3397. 8878
Cigarren, Brillanten, Hüder,
Warenpolier, sowie alles Brandbare
belehrt jedelheit hoch Deutsches Ver-
lanthaus (Kombardabill), Rosenthaler-
str. 11/12. 110/19
Restoration habe eröffnet. Karl
Schmidt, Pausierstr. 37. 9692
Vereinigung Zimmer zu vergeben
Pausierstr. 37. 118
Charlottenburg, Wilmersdorfstr. 35,
Wäfer, Vereinstzimmer zu vergeben.

Zither-Unterricht, Gähde, Große-
str. 93. 1121
Reparieren und Kuspulieren von
Rädern empfiehlt sich Reichardt,
Fischer, Scheringstr. 8 II. 28558
Rechtsgutachten, Rechtsgutachten, Ein-
gabengeld, Kostentellung, Andrea-
str. dreizehnhösig. 28545
Arbeitsstelle erteilt Unterricht! Abend-
und Sonntag-Kursus. Honorar
mäßig. Silberdorf, Sommerge-
str. 7. 28475
Wechsel verloren, 650 Mark, 1889
1./1. 92, wird gebeten Wilmersstr. 54,
Restaurant, abzugeben. 28455

Wohlfühlreich mit andwechseibaren
Rottenscheiben, geringe Teilzahlung,
J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13,
part. 28582
Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung vermittelt Gustav Schmidt,
Solmsstr. 43, Hof Keller. 8575
Wohra täglich frisch Putzwerk-
str. 40. 28035
Silberter Korpen, Wendelsohn-
str. 1, Schulze. 718
Wohlfühlreich, Bluthildern, für
Hutmasse, Brustkranke, Schwächliche,
Schwindsucht, bessere Gesund-
sache, abwärts abend, 14 Kisten
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 Kisten.
Nicht gleichzeitige, Qualität ent-
scheidet. Portierstr. 11, Ringler
Bermannstr. 119. 11420

Zitherlehrerin Frau Ouder,
Gnietenaustr. 115. 220
Wohlfühlreich, Weltweitliche
Staubsauger, Eingabengeld, Ab-
erzierung. 9218
Hausarbeiten, Ringen, Eingaben,
Kleinfamilien, Dugger, Steglitzer
str. 65. 28575

Vermischte Anzeigen.
Zitherlehrerin Frau Ouder,
Gnietenaustr. 115. 220
Wohlfühlreich, Weltweitliche
Staubsauger, Eingabengeld, Ab-
erzierung. 9218
Hausarbeiten, Ringen, Eingaben,
Kleinfamilien, Dugger, Steglitzer
str. 65. 28575

Anfertigung moderner Knaben-
anzüge nach Maß. Von den Be-
stücken geleiteter Stoff wird ver-
arbeitet bei Adam, Friedenstr. 82,
2 Treppen (zwischen Weidenweg und
Frankfurter Allee). 28688
Strassen, Wadengeld, Schanz-
schen, Nachschaden, Eingabengeld,
Kostentellung, Dalkow, Staliger-
str. 141, Sprechstunden: Abends,
Sonntags. 28625

Wohlfühlreich Schlafstelle für Herren
Wäferstr. 35 bei Dins.
Freundliche Schlafstelle für 1 auch
2 Herren zu vermieten bei Jäger,
Wendenstr. 2, vorn III. (Wäfer-
str. 35). 28465
Wohlfühlreich Schlafstelle, separat,
für einen Herrn, vermietet Fried-
richstr. 67, vorn partierre. 745
Wohlfühlreich Schlafstelle bei Kämer,
Solmsstr. 139, vorn IV. 28565

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Wittschule! Stuhlrechter bittet um
Arbeitsstelle. Stühle werden zu den
billigsten Preisen gefertigt, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Pausierstr. 27,
K. Glaser.
Stellungsangebote.
Fändler, welche Gastwirte befehlen,
kann III. Reklame mitnehmen,
hoher Verdienst, Redung Eberstr. 65,
Wäferstr. 2. 28635
Fräger verlangt Wilhelm Boehme,
Reichenbergerstr. 158. 28015
Teppichreiner in Dame, Pausier-
str. 67, Friedrichstr. 67. 28045
Am Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorzuhebene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
Ein Arbeiter,
der in der Herstellung des Popsins
vertraut ist, wird bei gutem Lohn
gesucht. Offerten unter N. 1 an
die Erped. d. Ztg. 31275
Gipsformer
für Gipsplatten habet dauernde Be-
schäftigung bei hohem Lohn. Offerten
unter N. S., Postamt 20.

Der Tarif der Buchdrucker.

Mit dem 1. Januar nächsten Jahres tritt für die Buchdrucker ein neuer Tarif in Kraft, der zwischen Unternehmer und Arbeiter nach langen Verhandlungen, die vom 23. bis 28. September d. J. in Berlin stattfanden, zum Abschluß gelangte.

Für die Buchdrucker liegen die Dinge heute wesentlich anders als vor fünf Jahren, wo die Organisation in unregelmäßigen Verhältnissen aufs neue zu einer Tarifvereinbarung schritt. Damals hatte sie nicht nur innerhalb ihrer eignen Reihen eine heftige Opposition zu bekämpfen, sondern auch außerhalb ihrer Organisation zeigten sich in der Arbeiterbewegung principiell Abneigungen gegen solche Vereinbarungen. In der Gewerkschaftsbewegung ist die Opposition verstummt, andre Berufe sind dem Beispiel der Buchdrucker gefolgt, und der letzte Gewerkschaftskongress hat mit großer Majorität den Abschluß von Tarifvereinbarungen gutgeheißen. Ohne die Zweckmäßigkeit der Tarifvereinbarungen eingehend zu erörtern, erkennt man sofort, daß ihr Wert in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges für die Arbeiter um ein Bedeutendes gewinnt. Schon allein von diesem Standpunkte aus enthält der neue Tarif der Buchdrucker, zumal da er eine Erhöhung der Lohnsätze festsetzt, eine bedeutsame Ertragsmehrer. Die Buchdrucker sind die einzige Organisation, der es bisher gelungen ist, mit den Unternehmern einen für ganz Deutschland anwendbaren Tarif abzuschließen. Das liegt zum Teil in der Eigenartigkeit des Berufs, der die Arbeitsleistungen gleichmäßig berechnen läßt, dann aber auch in der Stärke der Organisation. Ihrer Organisation verdankt es die Buchdrucker, wenn inmitten einer überaus schlechten Geschäftskonjunktur die Unternehmer sich zu Zugeständnissen herbeiließen. Trotzdem werden auch die Unternehmer einen Vorteil herausrechnen, für sie konnte der drohende Streik nicht unerhebliche Verluste bringen.

Auf dieser Grundlage konnten aber Tarifvereinbarungen überhaupt nur zu Stande, daß beide Parteien die Chancen eines Kampfes abwägen und nach der einen oder andern Seite Konzessionen machen. Wenn wir in Kürze die Veränderungen des Tarifs gegen den bisherigen vergleichen, so übergehen wir alle sachmännlich komplizierten Positionen, um uns an die wichtigsten ausschlaggebenden Bestimmungen zu halten. Der Tarif ist zunächst wieder auf 3 Jahre abgeschlossen. In Bezug auf die Arbeitszeit bleibt es bei der bisher gültigen 11 Stunden. Jedoch wurde für die Maschinenmeister die Ausnahmeklausel, die eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit festsetzt, beseitigt und die übliche 11 stündige Arbeitszeit als Norm eingeführt. Dagegen wurde den Unternehmern die Vergrößerung eingeräumt, daß bei schwierigen Druckarbeiten gegen Bezahlung eine Stunde länger gearbeitet werden kann. Abgesehen von diesen für die Maschinenmeister maßgebenden Bestimmungen ist allgemein die Vorschrift eingeführt, daß bei mehreren Ueberstunden eine Pause eintritt, die von dem Unternehmer entlohnt werden muß.

Die Lohnfestsetzung hat in Weichselkreisen vielfach Unwillen erregt und ist auch seitens der Vertreter im Tarifausschuß erst anerkannt, als die ganzen Verhandlungen an dieser Frage zu scheitern drohten. Der Lohn teilt sich in eine Grundposition und Vorkaufschlag. Die Grundposition betrug bisher 21 M. pro Woche; jetzt ist eine Staffel festgelegt. Danach sollen Gehältern bis zu 21 Jahr 21,50 M., von 21 bis 23 Jahr 22 M. und über 23 Jahr 22,50 M. erhalten. Die Gegner dieser Einteilung befürchten, daß bei den niederen Sätzen für junge Leute diese bevorzugt werden, während die älteren Leute schwerer Arbeit bekommen und aus der Arbeit gedrängt werden. Von den Verteilern der Bestimmungen ist zugegeben, daß die Staffelung kein Idealzustand ist, aber es soll auch Aufgabe der Arbeiter sein, in jeder Druckerei entsprechend den Leistungen einen höheren Lohn zu beanspruchen, denn die Löhne bedeuten nur das Minimum der Lohnsätze.

Zu der Grundposition kommt der Vorkaufschlag, der sich an die Preisliste für Lebensmittel und Miete anlehnen soll. Zur Begründung dieser und auch der allgemeinen Lohnerhöhung hatte das Tarifamt deutscher Buchdrucker eine überaus interessante Statistik aufgestellt, die aus 388 Orten die Preise für Lebensmittel und Miete vom Jahre 1896 bis zum Jahre 1900 in Vergleich stellte.

Bisher führte der Tarif 88 Orte mit Vorkaufschlägen auf; vom 1. Januar 1902 sind es 180 Orte. Von den Orten, die bisher schon Vorkaufschläge hatten, haben eine Erhöhung erfahren: 5 um 1/4 Proz., 39 um 1/2 Proz., 1 um 2/3 Proz., 6 um 5 Proz. Schließlich haben 92 Orte, die bisher keinen Zuschlag hatten, einen solchen erhalten. In Wirklichkeit ist die Zahl der Orte, die Vorkaufschlag erhalten, erheblich höher, weil die Vorkaufschläge auch für die kleineren Orte gelten, die 20 Kilometer im Umkreise liegen. Der Recordpreis wurde in allen Positionen um 2 Pf. pro 1000 Buchstaben erhöht, desgleichen erfahren eine Anzahl Nebenarbeiten Aufschläge. Die an Maschinen beschäftigten Seher dürfen künftig nur im Lohn arbeiten, die Lehrzeit soll drei Monate nicht überschreiten und erhält der Arbeiter während der Zeit das Lohnminimum. Die Arbeitszeit an der Maschine im Zeitungsbetrieb soll 8 Stunden, im Werkbetriebe 9 Stunden betragen. Zu dem Lohnminimum muß für den Maschinenseher bei achtstündiger Arbeitszeit 25 Proz. und bei neunstündiger 30 Proz. Zuschlag gezahlt werden.

Von Bedeutung ist die Einführung der obligatorischen Arbeitsnachweise unter paritätischer Verwaltung. Bisher bestanden neben der Arbeitsvermittlung des Verbandes der Buchdrucker 28 Arbeitsnachweise unter ausschließlicher Leitung der Unternehmer. Diese wurden sehr einseitig geleitet und nicht selten die Unorganisierten bevorzugt. Nunmehr soll jede Bevorzugung unterbleiben und nur für tarifstrenge Druckereien vermittelt werden. Die Bestimmungen über die Zahl der im Betriebe beschäftigten Lehrlinge zur Zahl der Gehältern fanden keine Änderungen, sie dürften aber auch in keinem Beruf in so engen Grenzen gehalten sein als hier. Der Tarifausschuß wird beim Bundesrat vorstellig werden mit dem Verlangen, der Bundesrat möge diese Vereinbarung zur Grundlage einer Verordnung benutzen, die für alle Buchdruckerien Gültigkeit erhält.

Der § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuchs soll im Tarif insofern Anerkennung finden, als es sich um Verschämung zwecks Erfüllung staatlicher oder kommunaler Pflichten handelt, sofern sich dieselben nicht außerhalb der Arbeitszeit erledigen lassen. Die Vergütung darf den Lohn von drei Stunden für Gewißgeldseher und Drucker oder 1,50 M. für berechnende Seher nicht überschreiten.

Zwei Bestimmungen in dem Tarif sind charakteristisch für den Gesichtspunkt, von dem aus innere Berufsanforderungen in Buchdruckerkreisen geregelt werden. Der Tarif verbietet, daß andre als nur gelernte Seher an die Segmaschine und Drucker an die Schnellpresse zugelassen werden. So viel in Buchdruckerkreisen über den neuen Tarif opponiert wurde, über diese Bestimmungen hat sich niemand erhebt.

Es offenbart sich hier ein Stillschleppgeist, auch künstlerische Engstirnigkeit. Die Folgerung wäre, daß keine Organisation das Hindertreten anderer Berufsgewerkschaften in ihren Beruf dulden dürfte. Daß ein solcher Wechsel heute in unserer hochentwickelten Industrie mit ihrer weitgetriebenen Teilarbeit fortgesetzt vor sich geht, braucht des näheren nicht erörtert zu werden.

Wir wollen dabei nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß ähnliche Reaktionen sich auch in andern Organisationen bemerkbar machen. Für berechnete können wir sie nicht anerkennen, denn mancher intelligente Arbeiter, der keine Lehrzeit durchgemacht hat, entwickelt sich zum geschickten Handarbeiter, der seinem zünftigen Nachbar die Wege weisen kann. Mit welchem Recht will man diesem Mann die Entwidlung seiner Fähigkeiten verweigern? Vom Standpunkte der Arbeiterbewegung kann ein solcher engstirniger Standpunkt nicht bestehen.

Man wird uns zwar einwenden, daß es sich nicht immer um intelligente Arbeiter, sondern um Lohnbrüder handelt, die als böse Konkurrenten ferngehalten werden sollen. Diese Konkurrenten sind aber in allen Berufen, gegen diese kann die Organisation nur einschreiten, wenn sie zu niedrigeren als den sonst üblichen Lohnsätzen arbeiten. Ihnen von vornherein den Eintritt in den Beruf versperren ist eine Ungerechtheit.

Abgesehen von diesem einseitigen Auffassen der Berufsinteressen und einigen andern Vorurteilen während der Beratungen des Tarifausschusses, die wir seiner Zeit kritisch besprochen haben, muß der Vereinbarung die Anerkennung gesollt werden, daß der Verband der Buchdrucker eifrig bemüht war, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen Mögliche durchzusetzen, und die Vereinbarung auch für die Buchdrucker einen Fortschritt bedeutet. Heute, wo wir fortgesetzt von Lohnreduktionen berichten müssen, kann die Organisation der Buchdrucker mit um so größerem Nachdruck ihren Tarif als einen Erfolg bezeichnen. Diesen Erfolg vollständig zu erringen, wird die nächste Zeit reichlich Gelegenheit geben, der Kampf wird dem Verband nicht erspart bleiben, denn jetzt gilt es, dem Tarif auch Anerkennung zu verschaffen; an Feinden wird es ihm nicht fehlen.

lokales.

Wohnungsnot und Obdach.

Der Magistrat hat jetzt den Bericht der Verwaltung des städtischen Obdachs für das Jahr 1900/01 veröffentlicht. Man mußte dem Bericht über diese Anstalt diesmal mit besonderem Interesse entgegensehen. Das Jahr 1900/01 hat, wie noch in früherer Erinnerung ist, der unermittelten Bevölkerung Berlins einen bis zu äußerster Schärfe gesteigerten Mangel an kleinen Wohnungen und dem städtischen Obdach einen in gleicher Stärke vorher noch nicht beobachteten Andrang obdachloser Familien gebracht.

Die Erwartung, daß die Obdachverwaltung diesen Zuständen ein paar Worte der Betrachtung widmen würde, ist nun allerdings getäuscht worden. In dem Bericht wird der ursächliche Zusammenhang zwischen der Verschärfung der Wohnungsnot und der Steigerung der Frequenz des Familienobdachs mit keiner einzigen Silbe berührt. Daß im Herbst 1900 in Berlin ein in weiten Kreisen der Bevölkerung bitter empfundener Wohnungsmangel geherrscht hat, wird überhaupt nicht erwähnt. Es wird lediglich gesagt, daß „für das Familienobdach das Berichtsjahr ganz ungewöhnliche Frequenzverhältnisse mit sich gebracht hat“, und im Anschluß daran wird mitgeteilt, in welcher Weise die Verwaltung die Menge der Obdachlosen unterzubringen bezw. einer weiteren Frequenzsteigerung vorzubeugen gesucht hat. Im übrigen bringt der Bericht — genau so wortfroh, wie seine Vorgänger — wieder nur die üblichen nackten Zahlenangaben und überläßt es dem Leser, sich den Kommentar dazu zu machen.

Die Frequenzverhältnisse des Familienobdachs sind im letzten Jahre in der That „ganz ungewöhnliche“ gewesen. Im Jahre 1899/00 hatten 1229 Familien mit 4172 Köpfen Aufnahme gefunden, im Jahre 1900/01 aber nahmen 1847 Familien mit 6835 Köpfen aufgenommen werden. Es sind, wie man sieht, im letzten Jahre um 50 Proz. mehr Familien aufgenommen worden als im Vorletzten. Die Zahl der zu diesen Familien gehörenden Personen zeigt sogar eine Steigerung um 64 Proz. Das läßt von vornherein vermuten, daß diesmal die kinderreichen Familien noch stärker als sonst vertreten waren. Als einzelne Personen wurden in den beiden Jahren 2379 und 2161 Obdachlose aufgenommen; hier ist also im letzten Jahre eine Verminderung eingetreten. Die Gesamtzahl der Aufgenommenen stellte sich hiernach 1899/00 auf 6551, dagegen 1900/01 auf 8098. Die Zahl der von der Anstalt geleisteten Verpflegungstage stieg von 114 132 auf 216 137. Den Höhepunkt bildete im Herbst der Oktober, auf den allein 36 261 Verpflegungstage kamen, ein volles Sechstel der im ganzen Jahre geleisteten Verpflegungstage.

Von großem Interesse ist die Gruppierung der Aufgenommenen nach dem Alter. Sie zeigt, daß bei den Kindern die Zahl der Aufnahmen ganz besonders stark gestiegen ist, von 2921 auf 4225 (um 1704, d. h. 68 Proz.). Im einzelnen stiegen die Aufnahmen bei den

Säuglingen von	525	auf	671	(um	146, d. h. 28 Proz.
1—6jährig	1006	„	1589	(„	583, d. h. 58 „
6—10	628	„	1199	(„	571, d. h. 91 „
10—14	362	„	766	(„	404, d. h. 112 „

Die Zunahme ist verhältnismäßig am geringsten bei den Säuglingen, am stärksten bei den schulpflichtigen Kindern, namentlich bei den über 10 Jahre alten. In Zeiten des Wohnungsmangels finden ärmere Familien erfahrungsgemäß gerade mit Kindern dieses Alters sehr schwer eine Wohnung. Daß nicht wenige Familien nur wegen ihres „Kindersegens“ wohnungslos geworden waren, darauf hatten wir schon im Herbst 1900 hingewiesen. Auch die obigen Zahlen machen das leider durchaus wahrscheinlich.

Die Gruppierung der im Familienobdach beherbergten Männer nach dem Beruf fehlt diesmal in dem Bericht. Gerade diesmal! Sie würde zweifellos gezeigt haben, daß die Wohnungsnot des Jahres 1900 bis tief in die Reihen des sogenannten Mittelstandes hinein ihre Opfer gefordert hat.

Die Maßnahmen, die zur Verhütung einer weiteren Frequenzsteigerung, sowie zur Herbeiführung einer allmählichen Abnahme der Frequenz getroffen wurden, waren von zweierlei Art. Die üblichen Mittelmaßnahmen, die den Obdachlosen bei der Entlassung aus dem Obdach gewährt werden, wurden „bedeutend erhöht“, und die Armenkommissionen wurden angewiesen, durch Zahlung „ausreichender Unterstüßungen“ der Obdachlosigkeit nach Möglichkeit vorzubeugen. „Andereits aber“, sagt der Bericht, „war die Verwaltung gezwungen, die hinsichtlich der Aufenthaltsdauer bestehenden Bestimmungen der Hausordnung mit Strenge zu handhaben. Im jedoch während der kalten Jahreszeit namentlich Frauen und Kinder durch die aus Gründen der Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes notwendige Ausweitung vom Familienobdach zum nächsten Obdach nicht tags über der Unbill der Witterung auszusetzen, wurde in Baracken des nächsten Obdachs eine Zwischenstation für sie eingerichtet.“

Wir haben vor einigen Monaten an einer Reihe von Einzelfällen gezeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit bei der strengen Handhabung der Hausordnung verfahren worden ist. Obwohl Ende August und Anfang September eine ungewöhnlich rauhe Witterung herrschte, sind Frauen und Kinder und selbst Säuglinge im Alter von wenigen Wochen, die aus dem Familienobdach in das nächtliche Obdach verwiesen worden waren, früh um sechs Uhr auf die Straße hinausgewiesen und erst am Abend wieder hineingelassen worden. Die bürgerliche Presse Berlins, voran die freiständige, hat diese Zustände damals zu beschönigen und zu bemänteln versucht. Einzelne Blätter ärgern sogar so weit, überhaupt in Abrede zu stellen, daß Frauen und Kinder in Baracken des nächsten Obdachs verwiesen worden seien. Sie wurden in ihrem schamlosen Treiben unterstützt durch jene der

Wahrheit ins Gesicht schlagenden Notizen, die damals vom Ratshaus aus an die Presse verandt wurden.

Die städtischen Kassen und Bureauz werden heute (Dienstag) um 1 Uhr geschlossen.

Weihnachtsfeier im Gewerkschaftshaus. Eine in allen Teilen wohlgeordnete Weihnachtsfeier, verbunden mit Besichtigung für die arbeitslosen Zugereisten, veranstaltete, wie man uns mitteilt, auch diesmal, gleich wie im Vorjahre, der Ausschuß der Gesellschaft „Gewerkschaftshaus“. Im Saal I, wo die Feier vor sich ging, saßen an langen Reihen etwa 170 zugereiste „Handwerkstüchtigen“ aller Berufsarten, die sich Speise und Trank, welches beides reichlich gespendet wurde, wohl munden ließen. Nach Aufhebung der Tafel nahm zunächst der Genosse Sassenbach, der den liebenswürdigen Witz des Hauses machte, zu einer kurzen Ansprache an die Zugereisten das Wort. In einfachen zu Herzen gehenden Worten wies er darauf hin, wie das Klassenbewußte Proletariat die Weihnachtsfeier ankaffe. Die Schlussworte der Ansprache klangen in ein Hoch auf Partei und Gewerkschaft aus, das von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen wurde. In der nun folgenden geselligen Unterhaltung trugen manche der Zugereisten Deklamationsstücke ersten und heiteren Inhalts vor. Gegen 10 Uhr abends trat Schluß der Feier ein. Außer der kostenlosen Bewirtung wurde jedem Zugereisten ein Arbeiter-Weihnachtskalender, Postkarten mit dem Bilde des Gewerkschaftshauses und Cigarren übergeben.

Die überfüllten Compös. Das Urteil des hiesigen Landgerichts I in Sachen des Justizrats Wagner wider den Eisenbahnhörs, durch das die Klage auf Rückzahlung von sechszig Pfennig Fahrgeld wegen Ueberfüllung des Eisenbahncompös abgewiesen wurde, ist jetzt ausgefertigt. Am Schlusse des Urteils heißt es: „Ob etwa die Eisenbahnpolizei aus familiären oder sonstigen Gründen Veranlassung finden möchte, einer Ueberfüllung der Abteile gegenüber einzuschreiten, ist nicht Sache richterlicher Kognition, vielmehr lediglich Verwaltungsangelegenheit.“

Die die „Nationalliberale Korrespondenz“ hört, hat der Justizrat Wagner außer der Klage bei Gericht auch bei der Eisenbahnverwaltung Beschwerde geführt und, nachdem die Eisenbahndirektion zwar ihre Bedauern ausgesprochen, Abhilfe aber nicht zugefandt hat, die weitere Beschwerde bis zur Erledigung des Prozesses ausgesetzt. Der Prozeß ist zu Ende, da leider bei dem geringen Wert des Streitgegenstandes trotz der Wichtigkeit der Sache ein höheres Gericht als das Landgericht nicht angerufen werden kann. Wird aber nunmehr Beschwerde eingereicht, so wird der Herr Eisenbahnminister, der ja schon zu der Verhandlung vor dem Landgericht einen Kommissar entsandt hatte, Gelegenheit haben, sich darüber auszusprechen, ob er die auch vom Landgericht anerkannten „familiären und sonstigen Gründe“ gegen die Ueberfüllung zugestanden und Veranlassung findet, gegen einen unhaltbaren und geradezu unwürdigen Zustand einzuschreiten.

Übermal eine gestörte Zeichenfeier. In Lichtenberg ereignete sich vorgestern abends eine der bei Verordnungen von Arbeitern üblichen Störungen. Samstagvormittag wurde der Küster Fritz Stephan vom Sterbehause in der Hübenerstraße aus noch dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde zu Grabe getragen. So lange der Leichenzug, der aus etwa zweihundert Personen bestand, sich auf Berliner Gebiet bewegte, blieben die Leidtragenden unbehelligt. In Lichtberg jedoch, vor dem Lokal von Höllich, trat ein Gendarm auf den Zug zu und verlangte von dem Kranzträger Franz Schulz, daß er die rote Schleife vom Kranz entferne. Selbstverständlich verbat Schulz sich diesen Eingriff, worauf der Beamte die Schleife abriß und die Leidtragenden packte, um ihn zur Feststellung seiner Personalia an das Amtsbureau zu bringen. In jenen Augenblick gelang es einem andern Leidtragenden, dem Gendarmen die Schleife wieder abzunehmen; um weiter keine Störung zu erregen, verbar man die Schleife so, daß sie fortan von niemand mehr bemerkt werden konnte. Mehrere andre Leidtragende erlitten den Gendarm, von der Siftierung abzuweichen, da die Persönlichkeit des Küsters Schulz doch ohne weiteres auf der Straße festzustellen sei und der so schon peinliche Eindruck für die Leidtragenden durch die Siftierung doch nur vermehrt werde. Alle Einwendungen halfen jedoch nichts; Schulz mußte auf das Amtsbureau und dort seine Persönlichkeit feststellen lassen.

Wir brauchen wohl nicht erst die Wirkung derartiger Vorgänge zu schildern; bedauerlich bleibt nur, daß es dem Amtsvorsteher von Lichtberg immer noch nicht möglich war, die Zeichenzüge vor Störungen der gedachten Art zu schützen. Daß man durch Mittel wie die geschickterweise der Arbeiterchaft von dem pietätvollen Kranz abhalten kann, ihre Toten durch Kranzspenden mit roten Schleifen zu ehren — der Erwartung wird sich im Ernst doch wohl niemand hingeben!

Neujahrsbriefe. Im beim Jahreswechsel eine möglichst beschleunigte Befüllung der Stadtbriefe zu erzielen, werden vom 30. Dezember bis 1. Januar in den Schalterwarräumen der Postanstalten wieder besondere Briefkästen für Ortsbriefe aufgestellt werden. Dem Publikum wird empfohlen, von diesen Kästen bei Aufstufung der in Berlin bleibenden Briefe, Postkarten und Druckfachen Gebrauch zu machen. Weiter kann nicht dringend genug die Mahnung wiederholt werden, die Briefaufschrift recht deutlich herzustellen und neben der genauen Angabe der Wohnung nach Straße, Nummer und Stadtteil den Postbezirk und die Nummer der Briefpostanstalt deutlich und zutreffend anzugeben. Auch in diesem Jahr werden die am 31. Dezember und 1. Januar in Berlin eingehenden gewöhnlichen Briefe oder Postkarten nicht mit dem Kolumbus- oder Bestellstempel bedruckt werden.

Ueber 11 000 Brände sind in Berlin, wie der jetzt erscheinende Verwaltungsbericht der Feuerwehre für das Etatsjahr 1900/01 mitteilt, in der Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 zur Kenntnis der Polizei gekommen. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Zahl der Brände in Berlin mehr als verdoppelt; im Jahre 1891 waren nur 4441 Brände bekannt geworden. Die meisten Brände sind allerdings von geringem Belang. Die Feuerwehre wurde im Jahre 1900/01 nur bei 88 Großfeuern, 177 Mittelfeuern, 1624 Kleinfeuern, 48 Schornsteinbränden, zusammen 1937 Bränden gerufen. Durch 394 Fälle von blindem Lärm und 36 tödliche Alarmierungen erhöhte sich die Gesamtzahl der Alarmierungen auf 2357. Dazu kamen noch 25 Alarmierungen bei Bränden außerhalb Berlins und 801 Alarmierungen bei Rufen verschiedener Art, sowie bei harmloseren Anlässen. Ohne Alarmierung verlief kein Tag; die höchste Zahl war 22 Alarmierungen an einem Tage (je am 2. und am 7. Januar 1901). Mehr als die Hälfte aller Feuermeldungen, nämlich 1274, erfolgte durch die in den Straßen aufgestellten Feuermelder, die sich immer mehr als ein wertvolles Mittel zur Erhöhung der Feuerfahrtheit erweisen.

Die Barbierstuden-Hygiene in den östlichen und nördlichen Vororten hat jetzt durch eine Verfügung des Rieder-Parmer Landrats ihre Regelung gefunden. Danach müssen die öffentlichen Barbier- und Friseurstuben täglich mehrmals sorgfältig gereinigt und gelüftet werden, sie dürfen nicht als Schlafstuben benutzt und Hunde und Katzen in denselben nicht geduldet werden. Personen, welche mit Haar-, Haut- oder sonstigen ansteckenden Krankheiten behaftet sind, dürfen weder das Barbiergewerbe ansüßen, noch in öffentlichen Barbierstuben bedient werden. Vor Bedienung eines jeden Kunden hat sich der Barbier gründlich mit Wasser und Seife die Hände zu waschen. Die Seife, an die der Kopf gelehnt wird, sind bei jedesmaligem Gebrauch mit einem lauberen Schutzstoff aus Papier zu bedecken, der nach einmaliger Benutzung zu vernichten ist. Scheren, Kämme, Rasiermesser, Bürsten etc. sind gehörig zu reinigen. Verboten ist die Benutzung von Koppfollbüsten, Pübe-

quassen, Kosterpheln und Schwämmen, sowie der gemeinsame Gebrauch von Schmirbeln...

Der Silberer-Lufug. Um dem Lufug in der Silbererstadt zu steuern, werden seit Jahren in dieser Nacht vorfallenden Uebertretungen nicht durch polizeiliche Strafverfolgung erledigt...

Das Polizeipräsidium teilt mit: Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 war eine veränderte Fassung des vom Reichs-Versicherungsamt vorgeschriebenen Formulars für die von den Betriebsunternehmern zu erstellenden Unfallanzeigen notwendig geworden...

Der nächste Kursus an der Hofsbeschlags-Lehrschmiede in Charlottenburg beginnt Montag, den 8. Februar nächsten Jahres, vormittags 8 Uhr...

Neurufen-Selbstmord. Bei der dritten Compagnie des zweiten Garde-Regiments zu Fuß erkrankte sich Sonntagmorgen ein Neuzug auf dem Vorposten der Kompanie...

Das „Herrenlose“ Dampfboot, das bekanntlich vor dem Jarnowsky-Restaurant in Grünau aufgefunden wurde, wird nach die Gerichte beschlagnahmt...

Beim Auf- und Absteigen von der Straßenbahn verunglückt sind am Sonntagmorgen zwei Damen, die sich die Folgen des Unfalls eigener Unvorsichtigkeit zuschreiben haben...

Eine öffentliche Belobigung erhielt, wie das Polizeipräsidium mitteilt, Herr August Musciaco aus Brindisi in Italien...

Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft teilt mit, daß in der Nacht zu morgen auf allen ihren Linien bis zu später Stunde der Nachtverkehr aufrecht erhalten wird...

Selbstmord nach der Verlobung beging die 25jährige Verkäuferin A. aus der Bartelstraße. Sie hatte sich mit einem Schächter E. verlobt und war abends mit dem Bräutigam zu Verwandten nach Nixdorf gefahren...

Eine seltsame Art des Selbstmords wählte der 40 Jahre alte Schmied August Lang aus der Alexanderstraße 11. Der Mann war seit einem Jahre schwindsüchtig und nervenleidend...

Feuerbericht. Montag früh gegen 2 Uhr wurde die Wehr nach der Oranienstr. 50 gerufen, wo in einem Keller eine Kiste mit Wäsche Feuer gefangen hatte...

Aus den Nachbarrufen. Die Charlottenburger „Garmosen“. In Charlottenburg bestand seit längerer Zeit eine Gesellschaft, die auf den Rennbahnen, in Kaffeehäusern und Wirtschaften mit großem Eifer spielte...

den letzten großen Rennen zu Baden-Baden ereilte einige Mitglieder ihr Geschick, und nur kam der Stein ins Rollen. Die Entpuppten blieben lange Zeit in Haft, bis die Voruntersuchung abgeschlossen war...

Eine schreckliche Familienszene spielte sich am Sonntagabend in dem Hause Sophie Charlottensir. 108 in Charlottenburg ab. Dort wohnt der Magistralarbeiter Antersin, ein Mann in den fünfziger Jahren...

Friedrichsfelde. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Kreissteuern fortan nicht mehr zu erheben; dafür soll von der Grund- und Gebäudesteuer das Doppelte der bisherigen Aufschläge erhoben werden...

Gerichts-Zeitung.

Seltene Anwendung des Verleumdungsparagraphen. Semitismus und Antisemitismus plagten in heftiger Weise aneinander in einer Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht stattfand...

Der Angeklagte, ein Mann, der einen solchen Rat erteilt, sich durch die den Antisemiten zur Abwehr genachten Vorwürfe selbstbittig fühle...

Die 17 Gutachten einfach als Hallunken und Verbrecher zu bezeichnen, geht doch über das Maß des Erlaubten hinaus. Er habe in seinem Gutachten ausdrücklich hervorgehoben, daß Mordmorde nur aus abergläubischen Motiven begangen würden...

In Lübeck ist am Sonntag das 500jährige Bestehen der Schiffergesellschaft durch ein Festmahl begangen worden.

Ein Zeitungsjubiläum. Aus Hof wird berichtet: Der in der hiesigen Wülfelischen Buchdruckerei (gegründet 1842) erscheinende „Hof-Anzeiger“ begeht am 1. Januar 1902 den Tag seines 100jährigen Bestehens...

Schiffuntergang? Aus Stettin wird berichtet: Das der hiesigen Reederei Wilhelm Kaufmann gehörige Dampfschiff „Vorussia“, das am 10. d. M. von Wilbau nach hier abgegangen ist, ist hier noch nicht eingetroffen...

Aus Freiburg i. B. wird berichtet, daß der Professor der Theologie Dr. Kraus in San Remo an einer Magenblutung gestorben ist; in Wien ist der Dekan der gemischten Schule am borigen Technikum, Hofrat Berger, gestorben.

In Wien hat der Vicepräsident des Landesgerichts Hofrat Holzinger, der in mehreren sensationellen Schwurgerichts-Prozessen den Vorsitz führte, Selbstmord verübt...

Die Hafenstadt Saffi (Marocco) ist von einer Wasserhose heimgesucht worden. 200 Eingeborene sind ertrunken. Die Hochgebäude und viele Warenlager sind zerstört...

Kohlenäure als Rettungsmittel. Aus Marseille, dessen Bevölkerung schon mehrfach durch Schiffe verunmöglicht worden ist, welche aus pestverdächtigten Gegenden kamen, berichtet man: Ähnliche Versuche zur Rettungsverfüng an Bord der Schiffe...

Auf den Cokerischen Werken in Serating sind neun Frauen durch brennende Schlacken schwer verletzt worden. Eine derselben ist ihren Wunden bereits erlegen, zwei andre befinden sich in Todesgefahr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 18. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Revue-Rückblick...

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben die Nr. 1 des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement...

Der „Ährer Jacob“ hat soeben seine Neujahrsnummer, die Nummer 1 seines 29. Jahrganges erschienen lassen. Das farbige Titelbild illustriert die Arbeiterbewegung als den „Schrecken des Vorkriegs“...

Belehrungsschrift über das Halten heimischer Vögel. 20 Pf. 24 Seiten. Verlag der Köhler-Verlagsdruckerei B. Diercke u. Co., Köln-Elfelderfeld.

Marktpreise von Berlin am 28. Dezember 1901.

Table with 4 columns: Commodity, Price per unit, and other details. Includes items like Weizen, Roggen, and various oils.

Produktenmarkt vom 30. Dezember. Getreide. An der heutigen Getreidebörse war die Stimmung für Weizen im Anschluß an keine Preisnotierungen in New York und Chicago schwächer...

Witterungsübersicht vom 30. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Wind direction, Temperature, and other weather data for various locations.

Weiter-Prognose für Dienstag, den 31. Dezember 1901. Mild und vielwolkig, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und lebhaften südlichen Winden.